

tarantel Nr. 31

Vierteljahreszeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS IV/November 2005

Was braucht der Mensch?

Luft zum Atmen. gutes Essen und Trinken. Andere Menschen und den Austausch mit ihnen. Wissen, wohin man gehört, was man gern tut, was man kann. Anerkennung dafür bekommen. Streiten können. Etwas herstellen, was Bestand hat. Duftende Wiesen und öffentlichen Nahverkehr. Den Geruch der Kühe. Eine Identität. Theater spielen. Die eigene Stimme ausprobieren. Gedichte schreiben. Neue Lebensformen kennenlernen. Einen Schrank bauen aus Hölzern der Region, in der man lebt. Heilkräuter sammeln. Verbindungen herstellen zur Landschaft. Einen Platz in ihr finden. Einen Platz im Leben finden.

Christa Müller

Wachsen oder Schrumpfen?

Wachstum - Grenzen, Mythen, Profit und Wachstum

Ökologischer Fußabdruck Ökologischer Rucksack

Regierungsaufgaben Kommunale Autarkie

Umweltbewusstsein und Umweltverantwortung Bioprodukte

Was ist Ökosozialismus? PDS und Wachstum

Inhaltsverzeichnis

Die Zukunftsprobleme der Menschheit	1
Kapitalistischer Wachstumszwang	2
Die Mythen des Wirtschaftswachstums	4
Wieviel Nahrungsfläche steht jedem Erdenbewohner zu?	6
Der ökologische Fußabdruck	8
Der ökologische Rucksack	8
Wieviel Kleidung steht jedem Erdenbewohner zu?	9
Staatliche Maßnahmen zur Ernährung	10
Nahrungs- und Energieautarkie der Kommunen und Regionen	11
Industrielle Landwirtschaft hat keine Zukunft	12
Nahrungsmittel aus der "Dritten Welt"	12
Handel behindert Bioprodukte	12
Visionen, Utopien, Illusionen und Horrorszenarien	13
Aussteigen, Verändern, Verzichten?	18
Werden die Wohlstandsbürger der Industrieländer auf Lebensgewohnheiten verzichten?	19
Ist die Änderung der Lebensweise im Kapitalismus möglich?	21
Was kann der einzelne Bürger tun?	21
Tourismus heizt die Atmosphäre auf	23
Papierverbrauch senken!	23
Was ist Ökosozialismus? <i>Saral Sarkar</i>	24
Das PDS-Programm und Wirtschaftswachstum	25
„Neue Qualität des Wirtschaftswachstums“ verlangen Wirtschaftstheoretiker der Linkspartei.PDS	26
„Grünes“ Wachstum <i>5. Umweltkonferenz von „Bündnis 90/Die Grünen“ am 13.2.2005 in Berlin“</i>	27

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Wirtschaftswachstum ist für die Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer eine „heilige Kuh“. Wer daran zweifelt, dass Wachstum alle unsere gesellschaftlichen Probleme löst, der wird heftig attackiert, für nicht zurechnungsfähig gehalten oder totgeschwiegen. Nun gibt es aber eine Reihe von Wissenschaftlern und Publizisten, die sich nicht den Mund verbieten lassen und die in den letzten 30 Jahren zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Wirtschaftswachstum aus kritischer Sicht und in Bezug zur Umwelt, zwar in kleinen Auflagen, aber doch öffentlichkeitswirksam, unter die Leute gebracht haben. Mit ihrem Plädoyer für Nullwachstum bzw. Schrumpfung der Wirtschaft mussten sich die Protagonisten des stetigen Wirtschaftswachstums auseinandersetzen. Wir haben diese Literatur ausgewertet und gewichtet. Alle zielführenden Gedanken, die unsere Vorstellungen vom Ökosozialismus tangieren und bestätigen, haben wir zur Begründung und Präzisierung desselben genutzt. Es wurden von den Apologeten des Kapitalismus Theorien entwickelt, ohne das Wachstum in Frage zu stellen. Diese Abwehrstellungen gegen die Kritik am Wachstum sind heute von Abgeordneten, Lobbyisten, Wissenschaftlern und Unternehmern besetzt. Da es in Deutschland keine einzige Partei gibt, die das Wirtschaftswachstum ablehnt, muss wenigstens versucht werden, diejenige Partei, die über den Kapitalismus hinausdenken will, auf einen Kurs zur Ablehnung des Wachstums zu bringen. Zu diesem Zweck wertet die vorliegende Nummer der Tarantel die relevante Literatur aus und bietet schlussfolgernd Strategien mit dem Ziel Ökosozialismus an.

Zum Grundbestandteil einer PDS-Strategie für die nächsten Jahrzehnte sollte eine radikale ökologische Wendepolitik mit dem Ziel des Ökosozialismus gehören. Zu dieser Umkehr gehören sowohl die Bewusstseinsbildung als auch marktwirtschaftshemmende gesetzliche „Leitplanken“ für die Produktion, den Konsum und die Lebensweise.

Die Literaturlauswertung besorgte Götz Brandt, die politische und strategische Weichenstellung kommt von Saral Sarkar.

Götz Brandt

Die Zukunftsprobleme der Menschheit

Die Strategie einer linken Partei für das 21. Jahrhundert kann nur ausgearbeitet werden, wenn die grundlegenden Veränderungen in Natur, Gesellschaft und Wirtschaft analysiert worden sind. Es geht dabei nicht nur um die Entwicklungen in Deutschland oder im EU-Bereich, sondern um weltweite Entwicklungen im Rahmen der zunehmenden Globalisierung. Einige solcher Veränderungen und Entwicklungen werden von PDS-Politikern und breiten Teilen der Mitgliedschaft nur ungenügend oder gar nicht wahrgenommen, was zu einer einseitigen und kurzfristigen Zielstellung und Strategie führt. Welche Entwicklungen sind strategisch ausschlaggebend, die im Strategiezeitraum der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts aktuell bleiben und auch in diesem Zeitraum einer Lösung zugeführt werden müssen?

- **Das Ende der Rohstoff- und Energieressourcen**

Seit 1972 (1. Bericht des Club of Rome) sind die Grenzen des Wachstums bekannt und werden in der Öffentlichkeit thematisiert. Dass in 20 oder 40 Jahren die fossilen Energieträger und Uranbrennstoffe zur Neige gehen und die Buntmetalle unerschwinglich werden und damit nicht mehr verfügbar sind, ist heute eine unbestrittene Erkenntnis. Die Ressourcen sind und bleiben begrenzt. Werden die Volkswirtschaft Chinas und Indiens die Rohstoffe der Welt erst wie ein Staubsauger aufnehmen, dann kann schon in 10 Jahren die Rohstoffversorgung kollabieren. Auch das Trinkwasser und Wasser für landwirtschaftliche Kulturen werden knapp.

- **Die menschengemachte Klimaerwärmung**

Durch die zunehmende Verbrennung fossiler Brennstoffe und Industrieabgase entstehen Klimagase, die zu einem noch nie dagewesenen irreversiblen Anstieg der Erdtemperatur führen. Die Folgen sind bei uns ein mediterranes Klima mit Verstepung, Entwaldung, Wassermangel, Klimakatastrophen usw. Weltweit kommt es zu Hungerkatastrophen. Klimawissenschaftler haben ermittelt, dass die Erwärmung viel schneller vor sich geht, als bisher angenommen.

- **Die industrielle Massenproduktion.**

Die erst ab 1950 voll einsetzende Massenproduktion von Konsumgütern führte zu ständig steigendem Rohstoff- und Energieverbrauch. Diese Entwicklung betraf

sowohl die kapitalistischen Länder als auch die europäischen sozialistischen Länder. Nunmehr wird auch in China und Indien dieser Weg beschritten, der zu einem raschen Anwachsen des Rohstoffverbrauchs in der Welt führen wird. Diese Entwicklung ist zwar kombiniert mit einem schnellen Wachstum der Produktivkräfte und einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität, aber auch mit einer steigenden Arbeitslosigkeit. Die industrielle Massenproduktion von Gütern kann nur eine kurze Periode durchgehalten werden und wird mit dem Ende der Ressourcen auslaufen.

- **Die Auffüllung der Senken**

Der durch die Wegwerfgesellschaft und die Erhöhung des Produktionsausstoßes immer größer werdenden Abfallberge, die Verseuchung des Wassers, des Bodens und der Luft führen zu einer nicht nur örtlichen Überfüllung der Senken, sondern zur Störung des ökologischen Gleichgewichtes in ganzen Ländern und Regionen. Giftmüll produzierende Technologien werden von den Industrieländern in die 3. Welt verlagert, wo es keine oder weniger scharfe Umweltvorschriften gibt.

- **Exponentielles Bevölkerungswachstum**

Engels erkannte schon 1881: „Die abstrakte Möglichkeit, dass die Menschzahl so groß wird, dass ihrer Vermehrung Schranken gesetzt werden müssen, ist ja da.“ Dieser Zustand ist heute Realität. „Die biologische, ökonomische und kulturelle optimale Bevölkerungsgröße ... ist sicher längst überschritten“ (W. Harich 1975). Heute sind insbesondere in vielen Ländern der Dritten Welt Maßnahmen zum Stopp des Bevölkerungswachstums notwendig.

- **Unkontrollierter neoliberaler Kapitalismus**

Seit der Auflösung des Ostblocks ist für das Kapital eine soziale Marktwirtschaft überflüssig geworden. Es wird Kapitalismus pur und brutal praktiziert. Die Schere zwischen Lohn- und Sozialabbau und Gewinnmaximierung wird immer weiter geöffnet. Ebenso wird die Schere zwischen entwickelten und Entwicklungsländern immer größer. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer und zahlreicher. Gewinne werden nicht mehr investiert, sondern auf dem internationalen Kapitalmarkt angelegt.

- **Entfremdung der Menschen voneinander und von der Natur**

Vor allem in den Industrieländern werden die Menschen immer mehr von der Natur und dem Kontakt zu anderen Menschen entfremdet. Der Mensch mutiert zum vereinzelt Konsumenten, der weder Verbindung zur Natur, noch zu anderen Menschen, noch zur Produktion hat. Er wird durch die Medien und die Werbung hochgradig für Pseudobedürfnisse manipuliert, stumpft ab, wird unpolitisch und lebt vereinzelt. Er nimmt auf die gesellschaftliche Entwicklung kaum noch Einfluss.

Anthropozentrische Sichtweise

Gegenwärtig wird bei Diskussionen über Nachhaltigkeit meist von der Befriedigung der Bedürfnisse ausgegangen und die Probleme der Gefährdung ökologischer Systeme, der Abnahme der Artenvielfalt und nicht erneuerbarer Ressourcen werden unter dem Blickwinkel einer dauerhaften gesellschaftlichen Entwicklung gesehen, also eine anthropozentrische Sichtweise der nachhaltigen Befriedigung der Bedürfnisse. Die Gefährdung ökologischer Systeme, die Abnahme der Artenvielfalt, der Grenzen nichterneuerbarer Ressourcen werden dieser Sichtweise untergeordnet. Dabei

Kapitalistischer Wachstumszwang

In der Bundesrepublik ist Wachstum als Ziel gesetzlich gesichert im „Gesetz zur Förderung und Stabilität des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8.6.1967. Auch im Vertrag über die EU von 1992 und in der EU-Verfassung ist das Wachstumsziel festgeschrieben. Kapitals zielt traditionell auf Wachstum. Auch gesellschaftlich entscheidende Gruppen, wie die Gewerkschaften und alle regierenden Parteien schwenkten auf Wachstum ein und heute ist Wachstum zu einem Dogma geworden. Solange die Wirtschaft wächst, erlaubt die Produktivkraftsteigerung sowohl einen steigenden Mehrwert als auch steigende Löhne. Der weitgehende Verzicht der Gewerkschaften auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde durch eine erweiterte Teilnahme am Konsum durch Wachstum „erkaufte“. So wurden langfristige Sicherheiten für die unternehmerische Investitionstätigkeit geschaffen (Aglietta 1997). „Die mit der industriellen Revolution entstandenen Wachstumspotentiale galten generell als Menschheitsfortschritt.“ (A. Karathanassis 2003) Die Industrieproduktion ist weltweit seit Beginn des 20. Jahrhunderts um mehr als das

wird vergessen, dass der Mensch zur Umwelt gehört und eine Betrachtung der Natur als „Mitwelt“ (Altner) richtig wäre. Die Natur kommt ohne den Menschen aus, aber nicht umgekehrt.

In allen ökologischen Konflikten werden fünf große Probleme angesprochen: Verhältnis Mensch-Natur, Verhältnis Mensch-Wissenschaft/Technik, Verhältnis Mensch-Wirtschaft, Verhältnis Mensch-soziale Großorganisation, Verhältnis Mensch-Mensch.

Die **politischen Ziele zur Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung unter globaler Sicht** wären (nach K.-E. Wenke & H. Zilleßen):

- **Erhaltung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten,**
- **Sicherung gleicher Lebensbedingungen für alle Menschen,**
- **Humanität und Befriedigung „gerechtfertigter“ Bedürfnisse.**

Aus diesen wesentlichen Problemen müssen Ziele und Strategien der PDS abgeleitet werden. In diesem Heft der Tarantel befassen wir uns mit dem zentralen Problem Wirtschaftswachstum, das mit den vorgenannten Problemen und Konflikten in unmittelbarem Zusammenhang steht und selbst ein Schlüsselproblem darstellt.

50fache gestiegen, wobei $\frac{4}{5}$ dieser Steigerung von 1950 bis 1990 erzielt wurden (Hauff 1987, Loske 1990). Nunmehr wird immer deutlicher, dass es einen Mangel und eine Verteuerung der Rohstoffe geben wird und die Störung des Ökosystems zunehmen wird. Die Förderung der Schlüsselrohstoffe der industriellen Ökonomie wird immer teurer. Kupfer wurde im 19. Jahrhundert nur bei einem Anteil von 10 % im Erz abgebaut, 1992 schon bei 0,5 bis 0,8 %.

„Eine Marktwirtschaft beruht auf dem ständigen Einsatz und der Vermehrung von Kapital, deren Eigner Gewinnmaximierer sind, und zwar unter Wettbewerbsbedingungen. Wettbewerb zwingt die Unternehmen bei Strafe des Konkurses dazu.“ (J. Priewe 2004) „Die Profitrate ist der Stachel der kapitalistischen Produktion ...“ (Marx)

Der aus den Gesetzen des Kapitalismus hervorgehende Zwang zu ständigem Wachstum hat bewirkt, dass der Kapitalismus alle aus den Gesetzen der Natur sich ergebenden technologischen Möglichkeiten von Stufe zu Stufe steigend entwickelt hat, weil er nur durch stän-

dig steigende Produktivität der Arbeit, also mit Hilfe des technischen Fortschritts, dieses Wachstum realisieren und der ihn ständig verfolgenden Stabilitätskrise gerade noch entgegen konnte. Bei Wachstumsstillstand würden nach dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate die Profite schnell dahinschwinden und könnte nur durch eine totalitäre Zwangsherrschaft aufrecht erhalten werden (R. Havemann).

„Aus der Widersprüchlichkeit zwischen den nahezu qualitativ unendlichen Möglichkeiten des Geldes, d. h. den gesamten stofflichen Reichtum bekommen zu können, und seiner praktisch quantitativen Begrenztheit folgt das grenzenlose Bestreben nach unendlicher Geldvermehrung.“ (A. Karathanassis 2003) Kapital muss immer wieder von neuem in die Zirkulation geworfen werden, um mehr Kapital zu erhalten. „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist daher Selbstzweck, denn die Verwertung des Wertes existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ (Marx, MEW 23, S. 167) Die Wertgestalt des Kapitals benötigt immer eine stoffliche Entsprechung, d. h. eine naturrelevante Entsprechung. Zur Dauerhaftigkeit der Kapitalverwertung müsste die stoffliche Natur unendlich und unbegrenzt sein. Aber „das geschlossene System von fossilen Energieträgern und Materie, welche zur Gebrauchswertproduktion notwendig sind, widerspricht so auch dem gesetzten offenen System der Kapitalzirkulation. Die natürliche Begrenztheit der Stoffe und die Grenzen der schadstofflichen Belastbarkeit der Natur müssen demnach – der kapitalistischen Logik folgend – irgendwann notwendig überschritten werden, was bedeutet, das qualitative Wesen der Natur zu ignorieren...“ (A. Karathanassis 2003) **Der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert entfaltet sich im Konflikt und Gegensatz von Ökologie und kapitalistischer Ökonomie.**

Da der Profit das primäre Ziel des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, findet die Gebrauchswertproduktion immer unter dem Primat der Verwertung statt. „Naturzerstörerisch ist also nicht die Gebrauchswertproduktion an sich, sondern die Kopplung dieser mit den Zielen des Verwertungsprozesses.“ (A. Karathanassis. 2003) - „das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motor und Zweck der Produktion.“ (Marx, MEW 25, S. 260) Damit wird die Bedürfnisbefriedigung dem Verwertungsprozess untergeordnet.

In den Wirtschaftssystemen des „realen Sozialismus“, in denen der Profit als wesentliche Triebkraft der Produktion weggefallen war,

führte das Ziel der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu einem Wachstumszwang, der ebenfalls zur Ausbeutung der Ressourcen und zur Naturzerstörung führte. Wirtschaftswachstum darf also auch in einer sozialistischen Gesellschaft nicht Ziel der Produktion sein. Auch Nullwachstum reicht nicht aus. In den Industriestaaten muss die Produktion bestimmter Güter eingestellt bzw. zurückgefahren werden. Das Wecken von unsinnigen „Bedürfnissen“ und ein durch Werbung verursachter „Konsumzwang“ muss sofort wegfallen.

Neben marxistischen Wissenschaftlern sind auch viele „bürgerliche“ Wirtschaftswissenschaftler in den letzten 20 Jahren zu ähnlichen Erkenntnissen zum Wirtschaftswachstum gekommen. U. E. Simonis wies 1980 darauf hin, dass aus Gründen der betrieblichen Rentabilität Maßnahmen unterlassen werden und Entscheidungen vermieden werden, die aus ökologischer Rück- und Vorsicht erforderlich wären. Dadurch wäre die Wachstumsgesellschaft in die Falle eines wirtschaftspolitischen Konzepts geraten, das inzwischen kontraproduktiv wirkt. Er schlägt deshalb ein „Null-Wachstum“ vor.

Auch andere Autoren (H. C. Binswanger, W. Geissberger & T. Ginsburg 1978) kamen zur Auffassung, dass „in der bisherigen Wachstumsgesellschaft die Aufgabe, die natürliche Umwelt zu erhalten, nicht gewährleistet“ ist. Und C. F. Weizsäcker (1978) stellt die Frage: „Welches ist die niedrigste Wachstumsrate, welche unsere Gesellschaft ohne tiefgreifende, ihre Struktur gefährdende Krisen würde ertragen können?“

Nach K.-E. Wenke. (1978) haben sich drei Wachstumsschulen herausgebildet, die auch heute noch aktuell sind:

1. Die **Ökonomische Wachstumstheorie** vertritt die Auffassung, dass ein Wachstum der materiellen Produktion prinzipiell unbegrenzt möglich ist. Die ökologischen Grenzen der Rohstoffverknappung wären auf Dauer weder störend noch zerstörerisch. Es wird auf einen schnellen technischen Fortschritt vertraut. Ohne Wachstum wären keine Investitionen für die Umwelt möglich und keine Hilfe für die „Dritte Welt“. Diese Theorie wird von der Wirtschaft und den Regierungen vertreten.
2. **Qualitative Wachstumstheorie.** Fast alle politischen Parteien haben das qualitative Wachstum als Feigenblatt in ihr wirtschaftspolitisches Programm aufgenommen ohne ernsthafte Absichten der Verwirklichung. Nach dieser Theorie wäre die Art und Zusammensetzung der Wirtschaftsgüter ausschlaggebend. Es dürfen

keine umweltschädigenden Produkte mehr hergestellt werden. Bei bestimmten Produktionssparten, z. B. Energie, ist eine Wachstumsbremsung notwendig. Der „noch mögliche Zuwachs“ müsste gerecht verteilt werden (Einkommen und Vermögen) - Förderung der Wachstumsverlagerung durch Entwicklungshilfe in die „Dritte Welt“.

3. Die **Ökologische Wachstumstheorie** fordert ein „Null-Wachstum“, einen Stopp der materiellen Produktion bzw. ein Schrumpfen

der Produktion. Die absoluten naturgegebenen Wachstumsgrenzen dürfen nicht überschritten werden - Übergang zu einer stationären auf Dauer umweltkonformen Wirtschaft bei niedrigerem Produktionsausstoß. Die privatwirtschaftliche Orientierung auf die Kapitalrentabilität soll zurückgedrängt werden. Sinken aber die Gewinne, dann stellt sich die „Systemfrage“. Stagnation ist mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unvereinbar unvereinbar.

Managementregeln zur Erhaltung des Ressourcenbestandes

(A. Fischer 1999)

1. Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten (z. B. Wald).
2. Stoffeinträge in die Umwelt dürfen sich nur an der Belastbarkeit der Umweltmedien (Wasser, Luft, Boden usw.) orientieren. Ressourcenverbrauch muss auch ins Verhältnis zur natürlichen Aufnahmekapazität gesetzt werden.
3. Bei erschöpflichen Ressourcen muss ein physisch gleichwertiger Ersatz (Substitution) in Form erneuerbarer Ressourcen ge-

schaffen werden oder eine höhere Produktivität (Effizienzsteigerung) bei der Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen erreicht werden.

4. Das Zeitmaß der anthropogenen Einträge und Eingriffe in die Umwelt muss in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß des Reaktionsvermögens der relevanten natürlichen Prozesse stehen.

Bemerkung zu 3.

Ob eine Effizienzsteigerung in diesem Maße möglich ist, bleibt fraglich.

Die Mythen des Wirtschaftswachstums

„Wachstum bringt mehr Wohlstand“

Als Wohlstandsindikator wird in der Wirtschaftswissenschaft das Bruttoinlandprodukt (BIP) verwendet. Dieser Maßstab spiegelt nur das Niveau der Güter- und Dienstleistungsproduktion im Wertmaßstab, die Wirtschaftstätigkeit in einer Volkswirtschaft, wieder und ist damit einseitig. Das BIP sagt aber nichts über die Verteilung der Güter und Dienstleistungen aus. Es wurde nachgewiesen, dass der „wirtschaftliche Wohlstand“ in den letzten 20 Jahren gesunken ist, obwohl das BIP gestiegen ist (R. Constanza, J. Cumberland u. a. 2001: Einführung in die ökologische Ökonomik).

„Wachstum schafft Arbeitsplätze“

Insbesondere wegen der hohen Besteuerung des Faktors Arbeit wurde in den letzten

40 Jahren die Arbeitsproduktivität um 260 % gesteigert. Die Materialeffizienz verbesserte sich nur um 50 bis 70 %. Die Anzahl der arbeitenden Menschen geht ständig zurück. „Wirtschaftswachstum benötigt in Zeiten der immer fortschreitenden Automatisierung im Prinzip kein zusätzliches Arbeitsvermögen. Deshalb wird das volkswirtschaftlich notwendige Arbeitsvermögen weiter sinken.“ (K. Blessing 2003). Das kann aber für das Kapital gefährlich werden, wie das Vorstandsmitglied bei BMW, Dr. W. Reitzle auf dem 2. Jahreskolloquium der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft 1994 einschätzte: „Ab irgendeiner Zahl (von Arbeitslosen) wird es zu sozialen Unruhen, zu riesigen Problemen kommen. Das ist das Kernthema was uns alle bewegt: wie das zu vermeiden ist.“ Das Kapital ist daran interessiert, dass die Anzahl der Arbeitslosen so niedrig gehalten wird, dass der „soziale Friede“ nicht gestört

wird. „Das kapitalistische System ist nicht in der Lage, die gesellschaftliche Entwicklung in solche Bahnen zu lenken, dass alle Menschen an der Arbeit teilhaben.“ (K. Blessing 2003). Wenn vorhandene Produktionskapazitäten besser ausgelastet werden, kann ein konjunktureller Aufschwung kurzfristig Mehrbeschäftigung stimulieren. Das war nach 1990 der Fall, wo durch Deindustrialisierung des deutschen Ostens die westdeutsche Industrie die Versorgung der 16 Mio. DDR-Bewohner und die Exporte der DDR übernahm. Auf Grund der herrschenden Faktorpreisverhältnisse (Arbeit relativ teuer, Energie und Kapital relativ billig) werden gegenwärtig bei Wachstum die Automatisierung der Produktion vorangetrieben bzw. die Produktion ins Ausland verlegt. Selbst Unternehmen mit hohem Wachstum und hohen

Gewinnen schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern trennen sich rücksichtslos von ihren MitarbeiterInnen. Darum ist die Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt besonders schnell angestiegen, trotz geringem Wachstum der Wirtschaft. 65 % der Beschäftigten glauben nicht daran, dass Wirtschaftswachstum allein zu mehr Arbeitsplätzen führt (Emnid 2005).

„Wachstum lässt sich durch technischen Fortschritt von Stoffströmen entkoppeln“

Weltweit ist die Zunahme von Energie- und Stoffströmen ungebrochen (Living Planet Report 2002). Industriebetriebe verpflichten sich auch nur zu relativen Einsparungen, aber nicht zu absoluten: Business as usual.

Was können Märkte nicht?

(E.-U. Weizsäcker 1995)

- Die Tragfähigkeit der Erde bestimmen,
- anzeigen, ob der Kundenwunsch ein Grundbedürfnis oder ein Luxuswunsch

ist,

- anzeigen, wo die Bedürfnisbefriedigung aufhört und Unersättlichkeit, Raffgier und Neid beginnen.

„Wachstum schafft soziale Sicherheit“

Es wird immer wieder behauptet, dass die Sozialausgaben vom Reichtum der Nation nicht mehr finanziert werden können. Aber der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten 25 Jahren nicht gestiegen. Allerdings ist das Masseneinkommen (nach Ludwig Ehrhard die Summe aus Nettolöhnen und Sozialleistungen) im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung kontinuierlich und extrem gesunken. „Unser System der sozialen Sicherung, ja auch fast die gesamte Sozialgesetzgebung, sind auf einer wachsenden Wirtschaft aufgebaut und bei andauernder Stagnation in der bisherigen Form nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten zu finanzieren.“ (H. Ehrenberg 1978) „Der Kuchen wird immer größer, doch das Stück, welches für die Mehrarbeit der Menschen, ob arbeitend oder nicht, davon abgegeben wird, wird immer kleiner.“ (K. Blessing 2003). Dagegen wird das Vermögen der Reichen immer größer. Die ungleiche Verteilung des Reichtums zeigt sich darin, dass 1 % der Deutschen über 25 % und 30 % über 90 % des Vermögens verfügen. Das Gefälle zwischen Arm und Reich nimmt zu. Ursache ist die ungleiche Verteilung der Steuerlast. Die Abgabenlast ist zu 90 % auf Arbeit und Verbrauch (MWSt) und nur zu 10 %

Verbrauch (MWSt) und nur zu 10 % auf Unternehmen, Unternehmer und Vermögen konzentriert. Das private Gesamtvermögen in der BRD beträgt 8 Billionen €. Wenn angenommen wird, dass es 5 % Zinsen bringt, dann kommen jährlich 400 Mrd. € zusammen. Wenn darauf 30 % Steuern erhoben würden (was Herr Merz fordert), flössen 120 Mrd. € dem Fiskus zu, fast ebensoviel, wie die Arbeitnehmer an direkten Lohnsteuern zahlen. Tatsächlich bringen die Unternehmen, Vermögensbesitzer und Selbständigen dem Fiskus nur 43 Mrd. €. Ein Gesamtvermögen von 8 Billionen € bringt dem Staat gerade mal Steuereinnahmen von einem halben Prozent (L. Wolf-Doettinchem. 2003). Besteuert werden also Arbeit und Konsum, und wenn beide geringer werden, dann sinkt auch das Steueraufkommen, und dann kann das Sozialsystem nicht mehr finanziert werden. Die Regierung sieht nur den Ausweg, den Vermögenden weitere Steuergeschenke zu machen, in der Hoffnung, sie würden investieren und die Wirtschaft ankurbeln und Arbeiter einstellen. Wie die letzten Jahre beweisen, ein Trugschluss.

„Es ist falsch, dass Arbeitende Nichtarbeitende ernähren müssen.“ (K. Blessing 2003). Steuern müssen vermehrt von den Reichen, auf Roh-

stoffe und Energie, Gewinne und Luxusgüter erhoben werden. Dann ist auch genug Geld in der Staatskasse, um die Arbeitslosen zu unterhalten. Zur Zeit ist das Steuersystem der BRD ein Mittel zur Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Nur durch Umverteilung des Reichtums kann auch bei stagnierender Wirtschaft die soziale Sicherung gewährleistet werden.

„Wachstum baut die Staatsschulden ab und vergrößert den Handlungsspielraum der Regierung“

Die Regierung sitzt in einer selbstgebauten Steuerfalle: Nur Arbeit und Konsum werden besteuert. Werden letztere durch Politikentscheidungen zugunsten der Shareholder eingekürzt, dann sinkt auch das Steueraufkom-

men. Obwohl Vermögen und Gewinne immer größer werden, sinkt ihre Besteuerung immer mehr. Wegen dieser Steuergeschenke an die Reichen werden die Leistungen für die sozial Bedürftigen immer weiter gekürzt.

Die Staatsverschuldung nimmt durch diese Steuerpolitik zu, seit Mitte der 70er Jahre progressiv. Die Verschuldung der Bürger in der „blühenden“ BRD betrug zum Ende der Regierungszeit von Kohl 28200 DM pro Kopf und die in der „maroden“ DDR betrug 7400 M pro Kopf.

Wirtschaftswachstum würde auch nicht mehr Steuern in die Kassen des Fiskus spülen, weil es heute durch Automatisierung und Rationalisierung erfolgt, bei Abbau von Arbeitsplätzen, aus denen ja 90 % des Steueraufkommens abgesaugt werden.

Begriffsverwirrung

(nach Christine Ax)

Anstelle von Wachstum ist notwendig:
Schrumpfung, Reduzierung, Reduktion, Rückbewegung.

Die Reformer des Kapitalismus wollen das nicht wahrhaben, wollen das kapitalistische System retten. Dazu wurden folgende Begriffe erfunden:

Ökoeffizienz, Zukunftsfähigkeit, vorsorgendes Wirtschaften, neues Wohlstandsmodell, nachhaltige Entwicklung, dauerhafte Entwicklung, neue industrielle Revolution.

Wieviel Nahrungsfläche steht jedem Erdenbewohner zu?

Jeder Mensch braucht eine vom Körpergewicht und von der genetischen Veranlagung abhängige bestimmte tägliche Kalorienmenge, um seine Körperfunktionen aufrecht zu erhalten, ohne Gewicht zu verlieren. Entscheidend für den Nahrungsbedarf eines Volkes ist demnach nicht die Kopffzahl, sondern das Gesamtgewicht der Bevölkerung. Die ständige Gewichtszunahme der Bürger in den Industrieländern hat die gleiche Auswirkung auf die Welt ernährungslage wie das Bevölkerungswachstum in den Ländern der „Dritten Welt“. Würden die angefressenen Bäume der Deutschen, oft verursacht durch Konsummanipulation, auf das Niveau ihres Erhaltungsbedarfs abgehungert, dann würde **Nahrung für 4 Millionen Menschen frei**. Für deutsche Dickwänste gilt also die einzig wirkungsvolle Maxime zum Abnehmen: „Friss die Hälfte“.

Wird globale Gerechtigkeit bei der Versorgung mit Nahrung angestrebt, dann steht jedem Erdenbürger nur die gleich große Anbaufläche zu, je nach Ertragsfähigkeit bemessen. Damit wird nicht regionale Autarkie und Selbstversor-

gung vorgeschlagen. Dicht besiedelte Länder dürfen aus dünn besiedelten Ländern Nahrungsgüter importieren, bis die Pro-Kopf-Quote erreicht ist.

Als Bemessungsgrundlage für die Bodenfläche, die jedem zur Nahrungsversorgung zusteht, wurde der Begriff „**Umweltraum Bodenfläche je Kopf**“ geprägt. Es gibt daneben den nicht weniger wichtigen „Umweltraum Kohlendioxidemissionen“, definiert als die klimatisch noch akzeptable Gesamtemissionsmenge dividiert durch die Weltbevölkerung, und den ebenfalls wichtigen „Umweltraum Wasser“.

Je nach Literaturquelle (Wackernagel, Rees, UNO, FOE Europe) schwankt die berechnete **Ackerfläche je Kopf der Weltbevölkerung zwischen 1000 und 2000 m²**. Die unterschiedlichen Angaben der einzelnen Autoren sind vor allem dem unterschiedlichen Basiswert Anzahl der Weltbevölkerung geschuldet. Geht man vom mittleren Wert 1500 m² aus, dann muss jeder für seine Ernährung und Kleidung (Baumwolle) mit dieser Fläche auskommen.

Werden nun für diese Fläche 100 sogenannte „**Land-Indexpunkte**“ (LIP) angesetzt, dann könnten täglich 100 LIP verbraucht werden. Je nach Bodenfruchtbarkeit und damit Flächenertrag können dann den Produkten, die wir verzehren, LIP zugeordnet werden. Zum Beispiel müssten angerechnet werden für:

1 kg Kartoffeln	8 LIP
250 g Kartoffelportion	2 LIP
1 kg Kaffee	400 LIP
1 Tasse Kaffee	4 LIP
1 kg Brot	40 LIP
1 kg Fleisch	400 LIP
200 g Schnitzfleisch	80 LIP
400 g Dose Hundefutter	160 LIP

Wer jeden Tag zu Mittag Fleisch und zum Abendbrot Wurst isst, überschreitet sein Umweltlimit. Jeder dürfte nur jeden zweiten Tag Fleisch essen und sollte an den fleischlosen Tagen auf „Trennkost“ umsteigen. Und das gilt auch für den Hund der Familie, solange er mehr Nahrung erhält als Dreiviertel der Erdenbewohner konsumieren können. Wer sich nur von Kartoffeln und Leitungswasser ernährt, der kann seinen Flächenbedarf auf 200 m² senken. Aber Vegetarier machen in Deutschland nur 0,5 % der Bevölkerung aus (M. Sopper 2000).

Fest steht, dass sich der gegenwärtige Pro-Kopf-Verbrauch der Einwohner der Industrieländer nicht auf alle Länder der Erde übertragen lässt, soviel Nahrungsmittel können auf der Erde nicht erzeugt werden. Der hohe Nahrungsmittelverbrauch in den Industrieländern geht zu Lasten der armen Länder.

Was müssen wir an unserer Ernährung ändern, um auf das uns zustehende Niveau zu kommen?

Die Ernährungsgewohnheiten haben sich in den letzten 200 Jahren stark geändert. Gegenüber dem Jahr 1800 ist der Getreidekonsum an unserer Ernährung auf unter 30 % und der Anteil der Ballaststoffe auf unter 25 % gesunken. Damit ist der Anteil der Kohlehydrate in der Nahrung von damals 80 % auf heute 45 % gesunken. Drastisch gestiegen ist die Zufuhr von Zucker um 19 %, die Zufuhr von Fett um 36 % und die Zufuhr von tierischem Eiweiß von unter 20 % auf 65 %. Wir essen zu fett, zu süß, zu salzig und zu viel Fleisch (S. Feren-schild 1997).

Wir leiden an einer Fehlernährung, die Übergewichtigkeit und Krankheiten verursacht. Schlussfolgerung: Weniger Schweinefleisch und mehr pflanzliche Nahrungsmittel, vor allem Gemüse und Obst.

Hunger in der „Dritten Welt“ ist kein Problem knapper Nahrungsmittel, sondern entsteht durch ungerechte Verteilung und unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten und -möglichkeiten. Jeder Erdenbewohner könnte täglich 2700 cal erhalten (FAO), soviel Nahrungsmittel werden auf der Erde erzeugt. Weltweit werden 85 % der Nahrungsenergie durch pflanzliche Lebensmittel wie Reis, Weizen, Mais und Hirse sowie Kartoffeln, Maniok, Bohnen und Erdnüssen gedeckt und das vorrangig in den Ländern der „Dritten Welt“.

Der Fleischkonsum ist ein „Vorrecht“ der Industrieländer. In den letzten 50 Jahren hat sich in diesen Ländern die Fleischproduktion verfünffacht. Jeder Erdenbürger könnte theoretisch 35 kg/a erhalten, aber die US-Bürger verzehren bereits 112 kg/a, die Inder aber nur 2 kg/a. Ein großer Teil der Inder sind Vegetarier. So ungerecht ist die Verteilung. Fleischverzehr ist sehr flächenintensiv, denn 1 kg Rindfleisch wird mit 10 kg Getreidefuttermitteln erzeugt. Heute gehen 40 % der Weltgetreideproduktion und 50 % der Fischfänge (als Eiweißfutter) sowie 70 % der Erzeugung von pflanzlichen Ölen und 30 % der Milch in die Mägen der Rinder, Schweine und des Geflügels (M. Sopper, C. Salmhofer). Da die Tiere im Schnitt nur ein Siebentel der aufgenommenen Nahrungsenergie in körpereigene Substanzen umsetzen, hat die Fleischnahrung einen sehr hohen Flächenverbrauch. Über 50 % der in den EU-Ländern verbrauchten Futtermittel werden importiert. Wir Europäer besetzen damit etwa 150000 km² wertvolle landwirtschaftliche Nutzfläche in Ländern außerhalb der EU. Zu einer nachhaltigen Ernährung gehört also der bewusste Teilverzicht auf Fleisch und andere Produkte, die mit ihrem Flächenverbrauch in den Ländern der „Dritten Welt“ der dortigen Bevölkerung die Anbauflächen entziehen.

Der neoliberale Kapitalismus hat ein System der Umverteilung der Reichtümer dieser Welt installiert, das **in der „Dritten Welt“ zur Zerstörung traditioneller landwirtschaftlicher Strukturen und Anbaumethoden** und zur Einführung der Plantagen- und Großflächen-Bewirtschaftung mit industriemäßigen Bewirtschaftungsmethoden geführt hat. Die fruchtbaren Böden werden enteignet und die Kleinbauern auf weniger fruchtbare Böden verdrängt. Die Länder der „Dritten Welt“ werden zum Anbau von „cash-crops“ (Geld-Früchte) gezwungen, damit sie ihre Schulden abtragen und die Zinszahlungen bedienen können. Mit diesem System wird der Hunger in diesen Ländern chronisch.

Der ökologische Fußabdruck

Wie misst man die Tragfähigkeit der Erde bzw. die Nachhaltigkeit von Lebensstilen? Der zulässige Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch ist ein möglicher Maßstab: der „ökologische Fußabdruck“ (W. Rees).

Der ökologische Fußabdruck drückt die Konsumausgaben der einzelnen Länder im **Verbrauch an fruchtbarem Boden** aus. Neben den Flächen für die Ernährung sind auch die Flächen für Bauten und Infrastrukturen darin enthalten. Es werden auch Waldflächen, die den Ausstoß an Kohlendioxid binden, hinzuge-rechnet.

Jeder **US-Amerikaner benötigt 7,9 ha**, jeder Kanadier 6,6 ha, jeder Deutsche 5 ha, aber jeder **Indier nur 0,59 ha**. Ein kanadischer Bürger, so berechnete Rees, hat einen Landverbrauch, der so groß ist, dass, wenn alle Menschen dieser Erde diesen Verbrauch beanspruchen, man **drei Erdbälle** brauchte, um diesem Verbrauch eine Basis zu schaffen. In den Industrieländern führt der Konsumdruck zur Übernutzung der Naturressourcen, in den Ländern der „Dritten Welt“ der Bevölkerungsdruck (M. Wackernagel, W. Rees). Ökologisch gesehen leben wir im Vorgriff auf die Naturressourcen unserer Kinder und Enkel, die diesen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Auch Buitenkamp (1992) berechnete für die Niederlande den beanspruchten „Umwelt-raum“. Er legte 7 Milliarden Menschen Erdbevölkerung seinen Berechnungen zu Grunde und kam zu dem Ergebnis, dass die Holländer

in vielen Bereichen zwischen 40 und 85 % Abstriche von ihrem Lebensstil machen müssten, um „nachhaltig“ zu leben. Insbesondere betraf das den Fleischverzehr, das Autofahren und das Fliegen.

Auch das Wuppertal-Institut hat 1996 eine Studie vorgelegt, die z. B. die Kohlendioxid-Emissionen der Deutschen mit 2,3 t/a und Kopf als zulässig errechnete, bei 11,5 t/a Iststand! Die Schlussfolgerung ist aber nur, die Effizienz zu erhöhen und nicht, das Autofahren einzuschränken.

Eine Zurücknahme der überzogenen Konsumansprüche in den Industrieländern ist deshalb dringend erforderlich. Aber Vorschläge zur Einschränkung des gegenwärtigen Lebensstils werden von den Anhängern eines ungebrems-ten Wachstums als „Ökodiktatur“ bezeichnet und Genügsamkeit sei ein unzulässiger Freiheitsentzug.

Solange der neoliberale Kapitalismus herrscht, wird es zu keinen gerechten Wirtschaftsstrukturen kommen. Die Preise für die Produkte der Länder der „Dritten Welt“ werden weiter niedrig bleiben, diese Länder werden sich noch höher verschulden, die Handelsbarrieren werden bleiben, eine selbsttragende regionale Wirtschaft wird in diesen Ländern nicht entstehen. Die NGOs prangern das Unrecht beim Welt-handel an und fordern fairen Handel. Jährliche Gewinne durch Handelsbarrieren der reichen Länder in Höhe von 700 Mrd. \$ führen zur Ausplünderung der armen Länder.

Der ökologische Rucksack

Die Rucksack-Metapher wurde 1994 von F. Schmidt-Bleck erfunden. Gemessen wird der Rucksack mit **MIPS = Material-Input pro Einheit Service**, der Energie- und Rohstoffverbrauch, der für eine bestimmte Dienstleistung, summiert über den gesamten Lebenszyklus des Produktes, aufgewendet wurde. Er nannte das den „Rucksack der Produkte“ als Messlatte für die „ökologischen Spuren“ von Dienstleistungen.

Schmidt-Bleck ging angesichts der Notwendigkeit, den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken (90 % geringerer Stoffeinsatz), davon aus, dass je geringer der Input an natürlichen Ressourcen, desto ökointelligenter die Wirtschaft funktionieren müsste. Sein Ziel war, „aus weniger Natur mehr Wohlstand“ zu machen. Es ging ihm um die langfristige Sicherung der Stabilität der sozialen Marktwirtschaft

mit Hilfe von „**ökologischen Leitplanken**“. Eine Senkung des Materialinputs um den Faktor 10 ist dabei das Fernziel für das Jahr 2050. Es geht also darum, mit Hilfe von Berechnungen den „ökologischen Rucksack“, die Summe aller entnommenen Mengen Natur (Material) in kg festzustellen. Weil heute Investitionen in die Ressourcenproduktivität selten und nicht auf Dauer Profite erbringen, muss der Staat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass sich das Sparen am Materialverbrauch rentiert. Für den Unternehmer sind bei seinen Entscheidungen die Kosten die entscheidende Größe und nicht die Ressourcenflüsse oder der Verbrauch in kg ~~Material~~. Während der Begriff MIPS auf Unternehmensebene angewendet wird, wird in der EU über das **TMR (Total-Material-Requirement)** - die

erforderliche Materialmenge in Jahrestonnen - für jedes Land statistisch erfasst.

Die praktische Anwendung von MIPS führt zu Überlegungen über Materialsubstitution. Wenn z. B. beim Fahrzeugbau anstelle von Aluminium mit einem MI-Faktor von 85 t/t der Stoff Stahl mit einem MI-Faktor von 7 t/t eingesetzt werden würde, würde das zu einer erheblichen Senkung des Naturverbrauchs führen. Das wird in der Industrie aber nicht gemacht, weil die Fahrzeuge leichter werden sollen.

Oft wird mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass ein 8 kg schwerer PC einen Natur-einsatz von bis zu 4 t benötigt. Wenigen ist bekannt, dass zur Produktion von Schweinefleisch bis zu 38-mal mehr Energie aufgewendet werden muss, als der hierbei erzeugte Heizwert für die menschliche Ernährung durch den Verzehr des Fleisches beträgt.

Der ökologische Rucksack von Gold beträgt 550 t/kg, was sich ja auch im Preis niederschlägt.

Wird der ökologische Rucksack auf die Lebensdauer eines Produktes aufgeteilt, so haben langlebige Produkte je Nutzungszeiteinheit einen geringeren Rucksack, wenn sie länger leben. Das Einweg/Mehrweg-Modell gehört zu dieser Problematik.

Derzeit herrscht aber in der Wirtschaft ein System, bei dem in immer kürzerer Zeitfolge alte Produkte durch neue ersetzt werden und dadurch ein größerer Ressourcenstrom verursacht wird. „Die derzeitige Strategie, dem Kunden Produkte zu verkaufen und gleichzeitig die Produktlebensdauer zu verkürzen, um so einen künstlichen Bedarf zu schaffen, birgt neben den Gefahren für die Umwelt zunehmend höhere Risiken für den Unternehmer, da der Return on Investment immer schwerer zu erreichen ist.“ (W. Leiler, P. Maydl).

MIPS wurde für Unternehmen entwickelt, um über Innovationen die Stoffströme effektiver zu nutzen und die Produktion rentabler zu machen.

Mirjas gewichtiger Morgen

Eija Koski über MIP

„Mirja wacht auf und legt die 12,5 kg schwere Armbanduhr um ihr Gelenk, sie schlüpft in ihre 30 kg schwere Jeanshose, macht sich Kaffee mit ihrer 52 kg schweren Maschine und trinkt aus ihrem 1,5 kg schweren Becher die gewohnte Erfrischung. Nachdem sie ihre 3,5 kg schweren Joggingtreter angezogen hat, radelt

sie mit ihrem 400 kg schwerem Fahrrad zum Büro. Dort angekommen, schaltet sie ihren tonnenschweren Computer ein und führt ihr erstes Gespräch mit ihrem 25 kg wiegenden Telefon.

Der Tag von Mirja hat begonnen wie jeder Tag. Dieses Mal aber mit ökologischen Rucksäcken“.

Wieviel Kleidung steht jedem Erdenbewohner zu?

Der jährliche Verbrauch an Textilien ist in den Industrieländern 10-mal höher als in den Ländern der „Dritten Welt“. Das mag auch mit den klimatischen Verhältnissen zusammenhängen. Früher musste Kleidung vor allem nützlich und haltbar sein, wie die Lederhosen des Herrn von Bredow. Heute will man sich damit vor allem darstellen, schön wirken, sich abgrenzen, dazugehören und Werten entsprechen (H. Karmasin). Diese sozialpsychologischen Funktionen der Kleidung sind in den Vordergrund gerückt und werden von den Modemachern und Modeproduzenten verfolgt.

In Deutschland werden pro Kopf etwa 15 kg/a Textilien verbraucht. In der Literatur schwanken die Werte zwischen 5 kg (FAO Trade

Volume 54) und 20 kg (E.-U. Weizsäcker 1995), je nachdem, ob auch Wohntextilien mitgerechnet werden. Der Mittelwert von 15 kg enthält etwa 50 % Baumwolle. Für 1 kg Baumwolle werden im Weltdurchschnitt etwa 16 m² Anbaufläche benötigt (Kursbuch Lebensqualität). Bei 7 kg Textilien aus Baumwolle sind das 112 m² je Kopf der Bevölkerung der Industrieländer. Baumwolle wird auch zur Zellulose- und Papierherstellung verwendet (C. Salmhofer), so dass wir die von uns **beanspruchte Fläche für Baumwollanbau auf 336 m²** verdreifachen müssen.

Ein Umstieg von Baumwolle auf Schafwolle, den viele Ökofreunde vorschlagen, ist kaum möglich, denn für die etwa 1 kg Wolle pro Kopf

und Jahr, die wir im Durchschnitt verbrauchen, werden schon $\frac{2}{3}$ der uns zustehenden Weidefläche gebraucht, nämlich 1130 m²/Kopf. Will man auf Baumwolle und Kunstfasern verzichten, dann wird für Schafweide, Lein- und Hanfanbau fast die gesamte uns zustehende Nahrungsanbaufläche gebraucht. Ein Ausweichen auf heimische Fasern von Tier und Pflanze kann also nicht die Lösung sein.

Was bleibt uns übrig? Wir müssen den Textilverbrauch drastisch senken, durch

- **Haltbare und hochwertige Kleidung,**

Staatliche Maßnahmen zur Ernährung

Der Staat hat die Verpflichtung, „**verhaltenssteuernde Ökosteuern**“ (Vorbeck) einzuführen, die aber hoch dosiert sein müssen, wenn sie wirken sollen. Eine nachhaltige Ernährung kann nämlich nur durchgesetzt werden, wenn die Bürger in ihrer alltäglichen kulinarischen Praxis abgeholt werden und für jeden Lebensstil, ob junge oder alte Menschen, differenzierte Maßnahmen vorgeschlagen werden (K.-M. Brunner). Viele junge Frauen haben keine Kochkompetenz mehr, wollen schlank und fit sein und essen lieber Salate. Viele arbeitende Männer ernähren sich am Imbissstand mit Hamburgern oder in der Betriebskantine. Das sind nur Beispiele, wie unterschiedlich sich einzelne Gruppen ernähren. Man muss also bei der Tradition, der Qualität, der Regionalität und den altersbedingten Gesundheitsaspekten anknüpfen. Jedenfalls ist das „vormalige Drei-Mahlzeiten-Modell der bürgerlichen Kleinfamilie mit kochender Hausfrau, väterlicher Tischmacht, strengen Essregeln, wenig Flexibilität in der Speisenauswahl schon des längeren Korrosionsprozessen ausgesetzt“ (K.-M. Brunner). Nach Brunner und Rösch müssen Maßnahmen, die zu einer gesunden Ernährung führen sollen, an folgende Erkenntnisse anknüpfen:

- Anschluss an die alltägliche kulinarische Praxis,
- Anschluss an die milieu- und lebensspezifischen Ernährungspraktiken,
- vor allem die Zielgruppe der Männer erreichen, die mit ihrem hohen Fleischverzehr nicht gesund lebt,
- in den Betriebsküchen eine gesunde Ernährung durchsetzen,

- **Wahl eines zeitlosen Modestils (Trachtenlook),**
- **Verschenken oder Verkaufen der genutzten Kleidung (Secondhand-Läden).**

Die in unseren Kaufhäusern angebotene Kleidung kommt zu 90 % aus den Textilfabriken in Südostasien, Mittelamerika und Osteuropa. Die dortigen sind deshalb so billig, weil die Textilarbeiterinnen Hungerlöhne bekommen, schlechte Arbeitsbedingungen und keine soziale Absicherung haben.

- Entwicklungstrends zu mehr Convenience-Nahrungsmitteln und Outdoor-Snacking nicht bekämpfen, sondern beeinflussen und nachhaltiger gestalten.
- Nachhaltige Ernährung wird vor allem durch die Lebensmittelindustrie und den Handel bestimmt und beginnt dort und nicht beim Konsumenten.
- Mit der „Agrarwende“ müssen noch bessere politische Rahmenbedingungen und Kommunikationsstrategien geschaffen werden.
- Der Zeitaufwand für die Essenzubereitung, der in den 50er Jahren noch 2,5 h/d betrug, hat heute im Durchschnitt 20min erreicht, weil leicht zubereitbare und verzehrfertige Mahlzeiten in kleinen Portionen angeboten werden.
- Der Konsument spart lieber bei der Ernährung als beim Auto oder Urlaub.
- Fast die Hälfte der Haushalte sind inzwischen 1-Personen-Haushalte.
- Viele Menschen sind übergewichtig durch zu viel Fett- und Zuckerverzehr. Zwei Drittel der Bevölkerung sehen aber im Übergewicht einen entscheidenden Risikofaktor für ihre Gesundheit (Nestle).
- Die Handelskonzerne betreiben eine reine Niedrig- und Billigpreispolitik, die die Landwirte zu Manipulationen mit chemischen und hormonellen Produkten zwecks Ertragssteigerung zwingt.

Damit ist das Politikfeld umrissen, das auch von der PDS beackert werden muss.

Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben.

5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Nairobi 1975

Nahrungs- und Energieautarkie der Kommunen und Regionen

In den Supermärkten werden Lebensmittel aus der ganzen Welt angeboten, die eigentlich auch bei uns erzeugt werden: Äpfel und Lammfleisch aus Neuseeland, Spargel aus Griechenland und Chile, Kohlrüben aus Schottland, grüne Bohnen aus Ägypten, ... - die Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden. In Europa mit dem LKW und aus Übersee mit dem Flugzeug herangeschafft, benötigen diese Produkte viel Energie für den Transport und erhöhen die Kohlendioxidemissionen. Diese Nahrungsmittel sind weder umweltverträglich, noch gesundheitsverträglich (Spritzmittel). Oft sind sie auch nicht sozialverträglich (Kinderarbeit, Hungerlöhne). Aber auch die Erzeugung von Tomaten und Gurken im Gewächshaus braucht viel Energie.

Die Schlussfolgerung für unsere Ernährung lautet also: **nur Früchte der Saison, nur Freilandfrüchte und nur Früchte aus der Region essen**. Da weiß man, was man hat und was man isst, man kann dem bekannten Erzeuger vertrauen und kontrollieren.

Weiterhin sollten wir nur Erzeugnisse aus dem Bioanbau verzehren, in denen keine Chemieprodukte enthalten sind. Fertiggerichte sind ohne Chemie nicht denkbar.

Ein nachhaltiges Menü ist durch einen niedrigen Fleischverbrauch, die Verwendung von Produkten aus ökologischem Landbau, die Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte, die wenig verarbeitet, wenig oder umweltverträglich verpackt sind und sozialverträglich erzeugt und gekennzeichnet werden, also Fairtrade-Produkte gekennzeichnet (K.-M. Brunner).

Aber heute entscheidet das Welthandelssystem, wie wir uns zu ernähren und was wir dafür zu bezahlen haben. Sowohl die Produzenten als auch die Verbraucher sind den instabilen Weltmärkten und dem globalen Wettbewerb der Lebensmittelmonopole ausgeliefert. Heutzutage ist es nicht möglich, sich völlig chemiefrei zu ernähren, deshalb auch die Zunahme der Allergien.

Warum sollte eine Region, eine Kommune ihre Nahrungsmittel selbst produzieren?

Damit haben sich mehrere Veröffentlichungen befasst: „Handbuch für lokales Wirtschaften - Jenseits der Globalisierung“ von R. Douthwaite und H. Diefenbacher (1998) sei hier genannt.

- Nur wenn Nahrungsmittel in ihrer Herkunft eindeutig kenntlich und diese überprüfbar ist, kann man sicher sein, was man isst.

Das Vertrauen in die industrielle Landwirtschaft, insbesondere Tierproduktion, und die Nahrungsmittelproduktion hat stark abgenommen.

- Nahrungsmittel von außerhalb müssen bezahlt werden. Dieses Geld kann „im Land“ bleiben. Auf Importpreise und Importqualität hat man kaum Einfluss, man ist ihnen ausgeliefert.
- Industrielle Landwirtschaft ist nicht zukunftsfähig, hat einen hohen Energieverbrauch, einen hohen Einsatz mineralischer Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel. Auf mineralische Düngemittel entfallen etwa 50 % des Einsatzes fossiler Energie in der Landwirtschaft und auf den Transport 5 %. Zukünftig wird Energie knapp sein und teuer.

Es ist vorteilhaft, **Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften** zur Direktvermarktung der Produkte zu bilden. Insbesondere gilt das für Frischprodukte wie Gemüse, Eier und Milch.

Die Verbraucher überwinden ihre Entfremdung von den Erzeugern ihrer Nahrungsmittel und umgekehrt lernt der Erzeuger die Verzehrer seiner Nahrungsmittel kennen.

Noch ökologischer ist die **Subsistenzproduktion, die Eigenversorgung** mit Lebensmitteln in einer Kommune oder auch im Schrebergarten. Sie befreit von den Begrenzungen alleiniger Berufstätigkeit, ist gebrauchswertorientiert und eine unmittelbar auf ein gesundes Leben gerichtete Arbeit.

Je mehr sich die Konkurrenz im internationalen Handel verschärft, um so geringer wird der Bewegungsspielraum des einzelnen Unternehmens werden, sich für das Gemeinwohl und die Gesundheit seiner Kunden zu engagieren. Der Weltmarkt wird immer unerbittlicher vorschreiben, was, zu welchem Preis und mit welcher Technologie hergestellt wird. Hat ein Unternehmer moralische Bedenken und lehnt eine bestimmte Technologie wegen negativer ökologischer oder sozialer Auswirkungen ab, so wird er weniger Profit machen als seine Konkurrenten. Schon Adam Smith hatte 1776 dieses Dilemma des industriellen kapitalistischen Systems erkannt: Nur wenn das Gesetz moralische und öffentliche Verpflichtungen jedem Unternehmen auferlegt, können es sich alle Unternehmer leisten, diese zu befolgen.

Für Kommunen ist die Energieautarkie auf der Grundlage erneuerbarer Energie die wichtigste Aufgabe, um gegen die Verknappung und Verteuerung fossiler Rohstoffe gewappnet zu sein. Immerhin geben die Bürger eines Industrielan-

des 20 % ihres Einkommens für den Energiekauf aus (P. Hawken 1993). Sowohl die Versorgung mit Erdgas als auch mit Erdöl wird immer unsicherer.

Industrielle Landwirtschaft hat keine Zukunft

Künstliche Mineraldüngung steigert den Ertrag über eine gewisse Zeit. Jährlich müssen hohe Stickstoffgaben zugesetzt werden, damit der Ernteertrag gesichert ist. Aber der **Stickstoffdünger** wird aus der Luft gewonnen und das erfordert einen **hohen Energieaufwand**. Insgesamt entfallen 50 % der in einem industriellen konventionellen Landwirtschaftsbetrieb verbrauchten Energie auf Düngemittel. Etwa 10 % des Primärenergieverbrauchs eines Industrielandes entfallen auf die Düngemittelproduktion (Greenpeace).

Die industrielle Landwirtschaft hat einen sehr hohen Energieverbrauch: Für 1 g Brot werden für Produktion, Verpackung und Transport 15,8 MJ benötigt, unser Körper wird aber nur mit 10 MJ Energie versorgt. 1 kg Rindfleisch liefert nur 6 MJ Energie nach dem Verzehr, benötigt aber für die Herstellung 64,2 MJ (R. Douthwaite).

In ökologisch orientierten Landwirtschaftsbetrieben werden nur organische Düngemittel verwendet. Es werden Mischkulturen und eine vielfältige Fruchtfolge anstelle von Monokulturen bevorzugt. Die mechanische und biologi-

Jede Gemeinde muss sehen, woher sie in Zukunft ihre Energie bezieht: aus Wind, Wasserkraft, Biogas oder Bioöl, Photovoltaik oder Photothermie.

sche Bekämpfung von Insekten, Unkräutern und Pilzen ist üblich und chemische Bekämpfung derselben untersagt.

Der Umstieg auf Bioprodukte wird nicht als Verzicht oder Einschränkung empfunden, sondern als Gesundheit erhaltend und Geschmack verbessernd. Deshalb sollte auch die gesunde Ernährung in den Vordergrund eines Wellness-Verhaltens gerückt werden.

Die Handelsketten verlangen von den Landwirtschaftsbetrieben in Farbe und Gestalt gleiche Partien. Die Züchtung hat sich ganz darauf eingestellt, aber dabei den Geschmack weggezüchtet, genauso wie bei Blumen den Duft. Der Handel nimmt bei den konventionell erzeugten Produkten im Mittel 20 % nicht ab. Bei den ökologisch erzeugten Produkten 50 %, weil sie „nicht den Normen entsprechen“ und „weil die Kunden das so haben wollen“ (B. Norman).

Es bleibt für den umweltbewussten Verbraucher nur der Weg, auf Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zu setzen, die gesunde Produkte ins Haus liefern.

Nahrungsmittel aus der "Dritten Welt"

Als Vorteil einer neoliberalen Marktwirtschaft wird hervorgehoben, dass die Agrarprodukte dort erzeugt werden, wo für die jeweiligen Produkte das beste Klima und der beste Boden vorhanden sind. Nicht zu vergessen sind auch die billigen Arbeitskräfte. In den Ländern der „Dritten Welt“ werden so die fruchtbaren Böden mit für den Export bestimmten „cash-crops“ (Produkte, die auf dem Weltmarkt sofort bezahlt werden) bebaut, auch, um die Auslandsschulden bedienen zu können. Bei uns sind

deshalb aus der 3. Welt importierte Nahrungsmittel billig zu haben. Ein zusätzlicher Grund dafür ist, dass dort die Umwelt- und Sozialstandards niedriger sind als in den Industrieländern.

Die einheimischen Bauern werden von den Großgrundbesitzern und Agrarmonopolen auf die weniger fruchtbaren Gebiete verdrängt. Sie haben dort unsichere und niedrige Erträge, was oft zu Hungersnöten führt.

Handel behindert Bioprodukte

Bauern und Agrarwissenschaftler sind der Meinung, dass ökologische Produkte in der Regel vor allem wegen der höheren Arbeitsin-

tensität höhere Produktionskosten haben. Es sind auch geringere Erträge zu erwarten. Aus beiden Gründen müssen Bioprodukte teurer

sein. Nun ist aber der Anteil der Landwirtschaft an den Verkaufserlösen des Einzelhandels durchschnittlich nur etwa 26 % (1999). Er war 1970 noch 46 %. Selbst wenn man die Erzeugerpreise für Bioprodukte verdoppeln würde, dann wäre das für den Verbraucher nur eine Preissteigerung um 25 %. Nimmt man die Preise des „Eckartikels“ Milch, der das Preisimage der Bioprodukte wesentlich mitbestimmt, dann sind die Preisstrukturen im Einzelhandel (2000) folgendermaßen:

	konventionell	ökologisch
Erzeugerpreis	0,60 DM	0,75 DM
Marktspanne	0,47 DM	0,91 DM
Endverbraucherpreis	1,07 DM	1,66 DM

Ganz deutlich wird hier, dass **die Handelsketten Bioprodukte als „Premiumsegment“ betrachten und über die Handelsspanne, die**

fast doppelt so hoch ist wie bei konventionellen Produkten, kräftig absahnen. Bioprodukte, so die Erwartung des Handels, kaufen die Besserverdienenden, die es sich leisten können, sich gesund zu ernähren und eben auch höhere Preise zu zahlen bereit sind. Der Landwirt hat davon keinen Vorteil.

Mit dieser Hochpreispolitik behindert der Handel die Verbreitung der Bioprodukte. Die Zunahmen im Verkauf sind gering und das Sortiment bleibt eingeschränkt. Die Anzahl der Bioprodukte mit 50 bis 200 ist im Vergleich zur Gesamtartikelzahl eines Supermarktes mit 25000 gering. Fleisch und Tiefkühlkost aus Bioproduktion wird meist gar nicht angeboten.

Visionen, Utopien, Illusionen und Horrorszenarien

Der **Club of Rome** hat 1972 in seinem ersten Bericht zu den „Grenzen des Wachstums“ der Wirtschaft drei wesentliche Erkenntnisse mitgeteilt:

- In den nächsten 100 Jahren werden die absoluten Wachstumsgrenzen erreicht sein, wenn die Weltbevölkerung zunimmt und die Industrialisierung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen unverändert anhalten.
- Es muss ein Nullwachstum angestrebt werden.
- Je eher damit begonnen wird, um so höher sind die Chancen der Rettung.

Bei den Modellberechnungen des Forschungsteams wurden das exponentielle Wachstum der Bevölkerung, die Nahrungsmittelproduktion, die Industrialisierung, die Umweltverschmutzung und die Ausbeutung der Rohstoffe berücksichtigt. Die Frage wurde untersucht, ob die ermittelten Wachstumsraten von der Erde überhaupt verkraftet werden können. An Hand eines Weltmodells wurde nachgewiesen, dass das exponentielle Wachstum beendet werden muss. Insbesondere die Erschöpfung der Roh-

stoffreserven würde ein Kollabieren des Industriesystems verursachen. Daher muss das „Kapitalwachstum“ beendet werden. Es muss ein Gleichgewichtszustand von stabiler Bevölkerungszahl und gleichbleibendem Kapital geschaffen werden. Je länger dieser Gleichgewichtszustand andauern soll, um so niedriger müssen die „Zustände“ gewählt werden. Auf internationalen Konferenzen wurde 1971 in Moskau und Rio de Janeiro diese Konzeption der Weltöffentlichkeit vorgestellt und erregte Aufsehen. Die kapitalistische Wirtschaftsmacht zeigte sich unbeeindruckt und steuert die Welt weiter in die Katastrophe.

Eine einfache Rechnung ergibt, dass das Wirtschaftswachstum bei Steigerungsraten von 1 %, 3 %, 5 %, 7 %, 10 % nach 100 Jahren eine Steigerung des Produktionsvolumens auf das 2,7fache, 19fache, 130fache, 870fache bzw. auf das 13000fache nach sich zieht. Diese Zukunftsaussichten führten bei vielen Wissenschaftlern zum Nachdenken und zu Lösungsvorschlägen.

„Die Konzernherrschaft wird kollabieren, wenn wir uns weigern, das zu kaufen, was sie verkaufen – ihre Ideen, ihre Version von Ge-

schichte, ihre Waffen, ihre Vorstellung von Unvermeidbarkeit“

Arundhati Roy

Nachdem überzeugend nachgewiesen war, wie endlich die Ressourcen sind, haben sich viele Autoren Gedanken darüber gemacht, **wie**

denn die Gesellschaft organisiert werden müsste - meist ohne die kapitalistische Gesellschaftsformation in Frage zu stellen.

In der DDR hat vor allem **Wolfgang Harich** (1975) die Forderungen des Club of Rome unterstützt und war der Meinung, dass der Club of Rome mit der Forderung nach Null-Wachstum unbewusst die Abschaffung des Kapitalismus fordert und deshalb von den sozialistischen Ländern unterstützt werden muss. Harich vertrat die Meinung, dass zukünftig ein starker, hart durchgreifender Zuteilungsstaat mittel einer Zuteilungsbürokratie, die unumschränkt herrscht, notwendig sei, um ein wachstumsloses ökologisches Gleichgewicht im Interesse der Erhaltung der Biosphäre herzustellen.

Herbert Gruhl hat 1975 in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert“ das Beispiel eines Raumschiffes gebraucht: Die Erde ist ein inzwischen vollbesetztes Raumschiff. „In einem Raumschiff gibt es so gut wie keine Freiheit, jede Ration, jeder Griff, jede Handlung ist genau vorgeschrieben. Jeder muss sich anpassen. Eine Freiheit hat er allerdings immer: die der Selbstvernichtung“. Gruhl stellt die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht in Frage. Nach S. Bollinger und B. Malek (1987) entsteht dann „eine unverschleierte Diktatur der Monopolbourgeoisie im Namen der Rettung der Menschheit“. Gruhl orientiert sich auf einen entschlossen handelnden Staat, möglichst auf „eine mit allen Machtmitteln ausgestattete Weltregierung als Voraussetzung, dass nur lebensnotwendige Produktion zu geringsten ökologischen Kosten durchgeführt wird“. Die absehbare Umweltkatastrophe soll

eine härtere Handhabung der Macht rechtfertigen, um den Kampf ums Überleben zu steuern. Er nimmt auch Kriege in Kauf, um die Ernährungsgrundlage und Bodenschätze zu sichern. „Sie werden dann an Furchtbarkeit unter Umständen alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen“. Meint er damit den Atomkrieg? Jedenfalls erleben wir diese Kriege um Rohstoffe im Irak, 30 Jahre nach Erscheinen dieses Buches. Die Vorstellungen von Gruhl riechen sehr nach „Blut und Boden“, nach „Volksgemeinschaft“ „mit materiellem Besitzstand auf niedrigem Niveau“ und nach Diktatur der Monopolbourgeoisie. Gruhl war Grünen-Mitbegründer und CDU-MdB und hatte den Vorsitz in der von ihm gegründeten ÖDP (Ökologisch Demokratischen Partei) inne.

Die **Bündnisgrünen** haben in ihrer Gründerzeit gegensätzliche Vorstellungen gehabt als heute. Sie lehnten unbegrenztes Wachstum ab und setzten sich für eine Politik ein, die „uns selbst und unsere Umwelt als Teil der Natur“ begreift und die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet. Dieses Ziel sei „am besten in selbstbestimmten und selbstversorgenden überschaubaren Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten“ zu realisieren. Es ging ihnen um „eine Gesellschaft, die demokratisch ist, in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur zunehmend bewusster gehandhabt werden“ (Die Grünen, Das Bundesprogramm). „Heute ist das Ideal der Bündnisgrünen jedoch einfach der Ökoliberalismus.“ (S. Sarkar 2001).

Militär und Rüstung sind größte Verschwender von Energie und Rohstoffen.

Friedensmanifest der Grünen (12/1981)

Der „**Ökologische Reformismus**“ (Strasser) wurde von **Carl Amery** (von dem auch der Begriff „Ökосоzialismus“ stammt), **Eberhard Eppler** und **Johano Strasser** vertreten, die einen „ökologischen Sozialismus“ anstrebten. Ihnen ist gemeinsam, dass sie die Entwicklung der Produktivkräfte überbetonen und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als gegeben ansehen, ohne zu begreifen, dass der Kapitalismus unfähig ist, die Natur zu bewahren. **Eppler** wollte über Bewusstseinsänderung eine „Ethik der Liebe und eine Ethik der Gemeinschaft“ schaffen, um so die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. An dieser Aufgabe ist doch schon die Kirche in den letzten 2000 Jahren gescheitert! J. Strasser und K. Traube (1981) wollten das Subsidiaritätsprinzip einführen, das besagt, „dass Leistun-

gen, die die jeweils kleineren Einheiten erbringen können, auch von ihnen erbracht werden sollen und dass die übergeordneten größeren Einheiten nur dann hilfsweise (subsidiär) in Anspruch genommen werden sollen, wenn die kleineren Einheiten der entsprechenden Aufgabe nicht gewachsen sind“.

Erich Fromm ist in „Haben oder Sein?“ (1976) in seiner Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse schon klarer. Die Existenzweise des Habens ist das inhumane Prinzip der Entmenschlichung, der ausschließlichen Orientierung auf Gewinn, Konsum, Habgier, Besitz. Das Habensprinzip leitet sich nach Fromm von einer Gesellschaft ab, die „auf den drei Säulen Privateigentum, Profit und Macht ruht, und wo Erwerben, Besitzen und Gewinnmachen die

geheiligtsten und unveräußerlichen Rechte des Individuums in der Industriegesellschaft sind“. Aber zur Überwindung des Habens-Standpunktes empfiehlt er nicht die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern die Entscheidung des Individuums, die „Lebensweise des Habens“ zu verlassen und sich zur „Existenzweise des Seins“ zu bekennen, in der man nach Fromm nichts hat und nichts begehrt, „sondern voller Freude ist, seine Fähigkeiten produktiv nutzt und eins mit der Welt ist“. Als „Existenzweise“ wird vorgeschlagen, dass sich die Menschen asketische Bettelmönche zum Vorbild nehmen sollen. Zwar will Fromm einen „gesunden und vernünftigen Konsum“ durch Beschneidung der Rechte der Shareholder erreichen, und „militante Verbraucherorganisationen“ sollen über Profit und Wachstum entscheiden, notfalls „mit Verbraucherstreiks als Waffe“, aber dass dadurch die „industrielle und politische Mitbe-

stimmungsdemokratie“ erreicht werden kann, ist in Anbetracht der Macht der Monopole eher unwahrscheinlich, auch, wenn man die Riesenkonzerne in kleinere Einheiten aufbricht.

Auch **E.F. Schuhmacher** hat in „Die Rückkehr zum menschlichen Maß“ (1977) kleinere Wirtschaftseinheiten gefordert: „Wir brauchen die Freiheit sehr vieler kleiner und unabhängiger Einheiten, in denen gesellschaftliche Gruppen ihre Ziele selbständig formulieren können und ihre eigene Organisationsform finden.“

Die Forderung nach radikaler Dezentralisierung, Selbstverwaltung und Kommunen sowie nach direkter Demokratie, die Feindschaft gegen den bestehenden Staat, primär den kapitalistischen Staatsapparat „... sind unmittelbare Elemente, die die alternative Ideologie mitbestimmen“ (**S. Bollinger & B. Maleck** 1987).

Wachstumsfanatiker sind Kriegstreiber.

Gruhl

Robert Havemann geht in „Morgen – Die Industriegesellschaft am Scheidewege“ (1980) von den Berichten des Club of Rome aus: „Deshalb rennen Bevölkerungszahl und Kapital unter dem Antrieb exponentiellen Wachstums nicht nur gegen die gesetzten Grenzen, sondern schießen darüber hinaus, bis entsprechend der zeitlichen Verzögerungen der Wachstumsvorgang abgewürgt wird.“ Havemann war der Meinung, dass wir bei Beibehaltung unserer gegenwärtigen ökonomisch-technischen Verhaltensweisen unrettbar in ei-

ne ökonomische und ökologische Krise rasen, mit der verglichen sich selbst die Weltkriege und alle bisherige Barbarei unseres Jahrhunderts wie eine friedliche Idylle ausnehmen werden.

Havemann beschreibt detailliert eine Zukunftsgesellschaft ohne Autos, Autobahnen, Flugzeuge, Städte, Geld, Regierung, Polizei, fossile und nukleare Brennstoffe, Reklame, Patriarchat, Rüstungsindustrie, Privateigentum an Produktionsmitteln, die aber eine High-tech-Gesellschaft sein wird mit Atommeilern.

Der Industrialismus selbst, und nicht nur seine kapitalistische Ausprägung, ist der tiefste

Grund für die Entfremdung des Menschen.
Rudolf Bahro (1981)

Rudolf Bahro, bis 1985 bei den Grünen, hat seine Vorschläge in der „Logik der Rettung“ (1990) unterbreitet. „Der vielmillionenfache Sprung in eine neue Bewusstseinsverfassung ist die einzige Chance, um einen letztendlichen Überlebensausweg einer Ökodiktatur zu vermeiden.“ Unser Verbrauch muss heruntergeschraubt und auf den bisherigen Lebensstil muss verzichtet werden. Die „transformatorischen Kräfte (ein paar Millionen Menschen wie Jesus oder Buddha)“ müssen versuchen, vor allem das Bewusstsein der Menschen zu ändern und weniger Einfluss auf die Herrschenden und den Machtapparat zu nehmen, „weil wir sehr viel mehr mit der Ohnmacht als mit der Macht der Apparate rechnen müssen. Die

Regierungen führen, entwickeln, verwalten ihre Völker in den Untergang und die Selbstzerstörung ... ist das Ergebnis unseres Erfolges in der Naturbeherrschung. Die Stärkung unseres wahren Selbst ist der Schlüssel zur Auflösung der Megamaschine.“ Bahro rechnet nicht mit dem Staat, wenn es um die Rettung geht, „weil schon die Gesetzgebung von vornherein dem Lobbyismus der Sonderinteressen ausgeliefert ist“. Zur Rettung ist eine „Neuinstitutionalisierung“ nötig, weil sich die Probleme „sowieso nicht im Interesse und mit den Methoden der alten herrschenden Mächte lösen lassen“. Schon der Grundsatz, „wer die soziale Gerechtigkeit verletzt, behindert die Rettung“ wird von den herrschenden Regierungen nicht befolgt,

denn „die industriell-kapitalistische Wirtschaftsgesellschaft ist unheilbar. Nur bei einem auf Subsistenzwirtschaft gegründetem Le-

bensstil können wir uns ... auf der Erde halten“. Soweit Ausschnitte aus der „Logik der Rettung“ von Bahro.

Jeder ökologische Denkansatz ist notwendigerweise antikapitalistisch.

H. Ehrenberg (1978)

Nachdem der Bericht des Clubs of Rome 1972 gigantische Zusammenbrüche vorausgesagt hatte, was nur dazu führte, dass beim Erdgipfel in Rio 1992 eine „nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen wurde und beim Erdgipfel-2 in New York alle wieder auf Wachstum setzten, wurde versucht, Vorschläge zu machen, wie man den Naturverbrauch vom Wachstum abkoppeln könnte (E.-U. Weizsäcker 1995: Faktor vier). Die Ressourcenproduktivität sollte durch verbesserte Technologie jährlich um 5 % steigen und in 28 Jahren wäre dann der Faktor vier erreicht: nur noch der halbe Ressourcenverbrauch bei doppeltem Wohlstand.

Im Wuppertal-Institut entstand von Schmidt-Bleek „das kühne Konzept der Dematerialisierung unserer Wertschöpfung um sage und schreibe einen Faktor 10“. Eine Vervierfachung der Ressourcenproduktivität soll durch eine „Neuorientierung des technischen Fortschritts“ erzielt werden. Allerdings wird den Shareholdern nur versprochen, dass diese Effizienzrevolution erst in der nächsten und übernächsten

Generation Zinsen tragen wird. Wenn diese Effizienzrevolution nicht in Angriff genommen wird, wird gewarnt, kommt es zu „gigantischen Kapitalvernichtungen“. Diese Prophezeiung oder auch Drohung lässt Aktionäre kalt, die nur ¼ oder höchstens ein Jahr vorausdenken und „momentan sind Politik und Wirtschaft voll damit beschäftigt, die Krise noch zu verschärfen“. Die Autoren haben erkannt, dass sich das Kapital die Plätze mit den höchsten Gewinnspannen sucht und die befinden sich „immer noch in den phantastischen Möglichkeiten der Ressourcenausbeutung“. Die Effizienzrevolution läuft dem Wirtschaftswachstum zuwider und schmälert den Umsatz. Ein Öko-Kapitalismus ist eben nicht möglich.

Zusammenfassend kommt Weizsäcker zu dem Schluss: Märkte können die Tragfähigkeit der Erde nicht bestimmen, sie können nicht anzeigen, ob der Kundenwunsch ein Grundbedürfnis oder ein Luxuswunsch ist, sie können nicht anzeigen, wo die Bedürfnisbefriedigung aufhört und Unersättlichkeit, Gier und Neid beginnt.

Der westliche Industriestaat ist ein Auslaufmodell.

Christiane Busch-Lütj

Allen diesen Autoren sind Vorstellungen gemeinsam, dass man den Kapitalismus, die Marktwirtschaft und die Industrialisierung nicht aufgeben will und Reformen vorschlägt, die beim gegenwärtigen und zukünftigen Kräfteverhältnis im neoliberalen Kapitalismus nicht realisiert werden können.

Auch **Ortwin Renn** kommt zu dem Schluss, dass Nachhaltigkeit mit einer Einbuße an materiellem Lebensstandard verbunden ist und deshalb den Menschen der Zusammenhang zwischen Konsum, Lebensweise, Risikobereitschaft und Naturzerstörung verdeutlicht werden muss, damit es zu einer kulturellen Neuorientierung kommt und Ressourcen und Natur schonendes Verhalten sozial belohnt wird.

Aber **Peter Hennicke** erkennt, dass viele Menschen mit „Vermeiden“ keine „ökologisch verträglicheren neuen Wohlstandsmodelle“ (E.-U. Weizsäcker) verbinden, sondern die „Fortsetzung des gewohnten Genusses, nur ohne Reue, also eine Überflusgesellschaft ohne Verkehrstote, Müllhalden, Atomkatastrophen, Ozonloch und Klimaveränderungen“. Er vertritt das Konzept des „qualitativen Wachstums“ mit ökologischen Leitplanken. Das soll über ein Primat der Politik erfolgen, der Staat soll den Markt planen und eine vermeidungsorientierte ökologische Produktpolitik durchsetzen. Auch er sagt nicht, wie das mit den Wachstumsfanatikern im Bundestag und der Industrielobby gehen soll.

In kapitalistischen Marktwirtschaften wird es ... keinen erfolgreichen ökologischen Umbau geben, der sich allein auf ethisch begründete Vermeidungsabsichten und postmaterialisti-

sche Wertorientierungen bei Investoren, Verbrauchern oder politischen Entscheidungsträger stützt.

Peter Hennecke

Anders als Bahro bietet **Saral Sarkar** in „Die nachhaltige Gesellschaft“ (2001), eine primär materialistische Ursachenanalyse der gegenwärtigen und bevorstehenden weltweiten ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krisen. Er beginnt mit der Anerkennung eines zwingenden **Paradigmenwechsels – vom heutigen Wachstumsparadigma zum Grenzen-des-Wachstums-Paradigma**. Da es materielle Grenzen des Wachstums gibt, konnte und kann der Wunsch aller Völker inklusive der ehemaligen sozialistischen Länder, im zumindest gleichen materiellen Wohlstand zu leben wie die Arbeiter im organisierten Sektor der G7-Länder, nicht in Erfüllung gehen. Der Kapitalismus in den letzteren ist nur deshalb noch nicht ganz gescheitert, weil dort die Grenzen des Wachstums noch nicht erreicht sind. Die meisten gesellschaftlichen Konflikte der heutigen Welt rühren letztlich davon, dass die Ressourcenbasis des Wohlstands rapide erodiert durch die Auswirkungen unseres eigenen Wirtschaftens.

Wenn wir wirklich die gegenwärtigen Krisen und Konflikte lösen und die bevorstehenden abwenden wollen, müssen wir nach Sarkar **Abschied nehmen von der gegenwärtigen industriellen Produktions- und Lebensweise**. Ein ökologischer Umbau der **Industriegesellschaft ist nicht möglich**, weil sie von ihrem Wesen her **umweltzerstörerisch** ist. In solchen Gesellschaften müssen wir also eine allmähliche wirtschaftliche Schrumpfung hinnehmen. „Erstmalig in der Geschichte ‚verspricht‘ eine soziale Bewegung einen niedrigeren Lebensstandard.“ Langfristig muss überall eine steady-state Wirtschaft (eine Null-Wachstums-Wirtschaft) auf einem niedrigeren Niveau angestrebt werden. Sie muss hauptsächlich auf erneuerbaren Ressourcen basieren. **Die Bedürfnisse der Menschen müssen innerhalb der Grenzen der Nachhaltigkeit bleiben**.

Sowohl dieses Ziel als auch der Weg dahin sind nach Sarkar unvereinbar mit dem Kapitalismus, oft euphemistisch Marktwirtschaft genannt. Denn in dieses Wirtschaftssystem ist ein Wachstumszwang eingebaut. Ökoka-

lismus oder ökologische Marktwirtschaft sind daher nur leere Slogans. Der Rückzug vom heutigen Wahnsinn muss geordnet vor sich gehen, mithin geplant werden. Mit dem Primat des Profits und der Konkurrenz ist das nicht möglich. Auch Privateigentum an Produktionsmitteln steht diesem Projekt im Wege. Darum brauchen wir ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dessen Gleichheitsprinzip zusätzlich für die Akzeptanz der Notwendigkeit des Rückzugs sorgen würde.

Sarkar verwirft aber auch jeden Versuch, das alte sozialistische System wiederzubeleben, das nach ihm hauptsächlich an seinem unmöglichen Wirtschaftsziel stetigem Wachstum gescheitert ist. Wunschdenken-Sozialismus ist nicht wissenschaftlich. Er verwirft auch alle Konzeptionen eines „Dritten Weges“ oder eines „Marktsozialismus“, der seiner Meinung nach nur eine andere Variante des Kapitalismus ist. Seine Vision ist eine **Synthese von Sozialismus und Radikalökologie, Ökosozialismus**, ein Sozialismus, der die unverwässerte ökologische Lektion gelernt hat. Er plädiert für arbeitsintensive statt ressourcenintensive Produktionstechnologien und -methoden, da sie sowohl die Umwelt und Ressourcen schonen als auch Beschäftigung für alle schaffen.

Bereits vor wie auch im Transformationsprozess muss eine moralisch-kulturelle Bewegung zustande gebracht werden. Das Pochen auf dem Interessenprinzip, seien es auch die Interessen der Arbeiterklasse der Gegenwart, wird kontraproduktiv sein. Denn es geht auch um den Schutz der Natur unabhängig von ihrem Nutzen für Menschen und um das Interesse der zukünftigen Generationen, die keine Lobby haben. Nichtsdestotrotz ist diese Transformation nach Sarkar nur mit der Zustimmung und aktiven Partizipation der Mehrheit der Bevölkerung zu bewerkstelligen. **Darum muss die sozialistische Gesellschaft der Zukunft nicht nur ökologisch und ressourcenmäßig nachhaltig sein, sondern auch demokratisch.**

Eine Fortsetzung sozialistischer Politik ist nur möglich, wenn sie sich ökologische Zielsetzungen zu eigen macht.

Johano Strasser, Klaus Traube (1981)

Aussteigen, Verändern, Verzichten?

Wie soll man sich angesichts der Bedrohung durch die Ökokrise verhalten? Als „Prometheus“ oder als „Sisyphus“? Wie ein aktiver schöpferischer Veränderer der Gesellschaft oder wie ein in Resignation und Hoffnungslosigkeit verfallender, der sich an fremde nicht beherrschbare Kräfte ausgeliefert fühlt? „Ist diese Idee (eines neuen Lebensstils) vielleicht nur ein Irrtum bürgerlicher Idealisten, die Symptome orten statt Ursachen – Strukturen, Machtverhältnisse – aufzuheben; oder ist sie gar ein Einfall von Sektierern und religiösen

Moralisten, die, auf individuelle Innerlichkeit oder weltabgewandte Gruppenexistenz orientiert, von gesellschaftskritischem Engagement ablenken sollen? (Bartelt, Gripp, Kaiser, Wencke, Westmüller & Zilleßen 1978). Und die Antwort ist: „Die schlichte Wahrheit besteht darin, dass ohne mehr oder minder radikale Änderungen des Konsumverhaltens der reichen Länder all das wohlgemeinte Reden über eine neue Wirtschaftsordnung Humbug ist.“ (G. Myrdal 1975)

Ein Wachstum der Gerechtigkeit würde es den Menschen leichter machen, das Prinzip der Selbstbeschränkung bei der Befriedigung ma-

terieller Bedürfnisse ... zu akzeptieren.

Timbergen
(1977, Rio-Bericht an den Club of Rome)

Viele flüchten als „Aussteiger“ in Drogen- und Alkoholkonsum, Sekten und randalierende Fußballfanclubs. Nur wenige protestieren gegen die Gefährdung der Existenz der Menschheit. Von diesen wenigen wird häufig die Ansicht vertreten, man müsse punktuell aus dem bestehenden kapitalistischen System ausbrechen und Inseln eines neuen Lebens schaffen, wie es Hollstein in „Die Gegengesellschaftsalternative Lebensformen“ vorschlägt. Ein gegengesellschaftlicher Entwurf könne zu „Freiheit, Individualität und Solidarität, Meinungsvielfalt, Kreativität und Selbstorganisation der Bedürfnisse“ führen. Dabei sollen Gruppen Produktionsverhältnisse anstreben, die in Non-profit-centren natur- und menschenfreundliche Produkte herstellen, im Zusammenleben Konkurrenz, Angst, Besitzdenken und geschlechtsspezifische Unterdrückung abbauen, und dabei eine „Gegenöffentlichkeit“ schaffen. In einer „Graswurzelrevolution“ (einzelne Graswurzeln entwickeln sich zu einem grünen Rasen) sollen so schon heute Keime einer zukünftigen Gesellschaft entstehen. Nun ist aus der Geschichte bekannt, dass sozialreformerische Konzeptionen zu keiner Zeit zu einer fundamentalen Gesellschaftsveränderung geführt haben. Heute erfassen in Deutschland die

Keimzellen dieser sozialen Bewegung wenig mehr als 100 Gemeinschaften (2001) mit 1811 Mitgliedern (eurotopia 2002), das sind 0,00002 % der Bevölkerung. Daraus ist ersichtlich, dass es sich hier nicht um eine Massenbewegung handelt und dass daraus auch keine werden wird. Dennoch handelt es sich um eine internationale Erscheinung, die in anderen Ländern ausgeprägter ist als bei uns. Weltweit gibt es etwa 25000 erfasste Gemeinschaftsprojekte, in denen Hunderttausende Menschen kooperativ zusammenarbeiten. Schon immer und in fast jeder Gesellschaft hat es Gruppen von Außenseitern gegeben, die alternative Lebensweisen entwickelten und pflegten. Je konsequenter sie ihre Alternative praktizierten, desto weniger ist sie in den Alltag ihrer Umwelt einzugliedern und zu übernehmen. Sie bleiben dann isolierte Sekten. Nun sind alternative Lebensweisen, die auf das Individuum, auf Nützlichkeit und Einfachheit (voluntary simplicity, freiwillige Einfachheit) ausgerichtet sind, als Aussteigermodell eine für das System nützliche Sache, die aber als Inseln einfacher Warenproduktion im Meer des Kapitalismus nur so lange geduldet werden, wie sie das System insgesamt nicht bedrohen.

Was nützen ein verändertes Bewusstsein und ein ihm entsprechendes Verhalten Einzelner,

wenn es auf die Veränderung der Gesellschaft ankommt.

Wencke (1978)

Es ist dennoch sehr wichtig, dass es Menschen gibt, die sich zusammenfinden und ein menschenwürdigeres Leben führen wollen als Lebensstilgruppen in einer „Lebens-, Ver-

dienst- und Vermögensgemeinschaft“ (W. Kelm, 1976). Nur Verweigerung schafft keine stabile Gegenmacht. Besser ist der Glaube an einen Weg jenseits der breiten

weltgeschichtlichen Hauptstrasse. Der Zukunftsforscher Jungk fordert von einem solchen „Trampelpfad“ (Eppler), dass „auch Muße und Spontaneität endlich den ihnen gebührenden Platz finden. An die Stelle der zweifelhaften Freude, die den Besitz von Geld, Gütern und Macht bescheren, treten dann Erlebnisse, die der menschlichen Existenz einen besonderen Glanz und eine eigenartige Schönheit verleihen: Träumerei, Spiel, Enthusiasmus, Ekstase, wie sie sich in Meditation und Festlichkeit einstellen ...“

Im 2. Bericht an den Club of Rome 1974 von Mesarovic und Pestel wurden die Ziele gesteckt: „Eine neue Konsum-Ethik muss entwickelt werden, die zu einem Lebensstil führt, der

mit der kommenden Zeit des Rohstoffmangels verträglich ist. Sparen und Erhalten sollten wieder Eigenschaften werden, die in der Wertschätzung höher stehen als ‚Großzügigkeit‘, die sich in Verschwenden und Wegwerfen manifestiert“. Und Denecke hat sich 1976 ähnlich geäußert: „Ein neuer Lebensstil ist gekennzeichnet durch Konsumverzicht, Askese, Mäßigung, Fastenzeit, Selbstzucht, Opfer bringen, Selbstbeschränkung, Selbstbegrenzung, Null-Wachstum. Zügelung, Maßhalten, Einschränkung, Abbau eines ununterbrochenen Leistungsdenkens, eines Gewinnstrebens, Abstand zu sich selbst, Selbstüberwindung, Bescheidenheit, Eingliederung in das Ganze des Universums.“

Immer wieder stellt sich die alte revolutionäre Frage aufs neue, die Frage: Was tun? Was tun gegen eine solche Übermacht? Gegen die lückenlose Mauer von Politik. Finanz und Wirtschaft? Kerkert sie uns nicht von allen Seiten ein? Und sind wir nicht verdammt, in diesem

Kerker zu bleiben?

Nein. Die Tore des Kerkers sind ... von innen versperrt. Die Riegel ... existieren in unseren Köpfen.

Carl Amery (2003)

Werden die Wohlstandsbürger der Industrieländer auf Lebensgewohnheiten verzichten?

Die Lebensstile in den Industrieländern gefährden die Umwelt und führen zu einem verarmten Leben in der „Dritten Welt“. Das ist eigentlich heute jedem klar, der Zeitung liest und fernsieht. Wird deshalb auf eine Flugreise in die Karibik oder auf billige Textilien aus Fernost verzichtet? Die Wahl zwischen einem moralisch sauberen Lebensstil und einem Weiterleben in verschwenderischem Konsum fällt in der Regel für das letztere aus. Es bleiben ja noch die Spenden für hungernde Kinder, Behinderte und Opfer von Flutkatastrophen, die ein reines Gewissen schaffen sollen.

Die soziale Integration des Einzelnen wird nun mal an der sozialen Teilhabe an der materiellen Kultur gemessen und verankert (D. Brock). Nicht die kollektiv geteilte Werteordnung, der man freiwillig folgt oder zu der man gezwungen wird, schafft die soziale Stabilität der Gesellschaft, was von den regierenden und konservativen Parteien behauptet wird. Die einfache Frage ist: Wie viel vom Kuchen kriege ich ab? Die Konsumgesellschaft ist nicht auf einen kulturellen Konsens oder ein anerkanntes Wertesystem angewiesen, das ohnehin nicht eingehalten wird. Sie kommt im Alltag weitgehend ohne dieses aus (K. Kraemer). Die soziale Stellung wird daran gemessen, was man be-

sitzt und was man sich leisten kann. Versuche, nachhaltig zu leben, führen zur Zeit zur Aufgabe der individuellen Zeitsouveränität (z. B. vom Auto auf ÖPNV umsteigen) oder zur Einschränkung der Handlungsflexibilität, und man hat ein schlechtes Gewissen. Das hält auf die Dauer kaum jemand aus.

„Erstens dient der Konsum als Vehikel, um das eigene Selbst zu formen und einen subjektiven Sinn auszudrücken; zweitens fungiert Konsum als Medium, um die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe symbolisch zu demonstrieren; und drittens grenzt sich eine Gruppe durch bestimmte Konsumpraktiken von anderen Gruppen ab. Die kultursoziologische Paradoxie besteht darin, dass die standardisierten und genormten Produkte der Massenkultur (Jeanshosen) unverzichtbar geworden sind, um symbolisch Individualität zu inszenieren.“ (K. Kraemer). Diese Zusammenhänge macht sich die Werbeindustrie zu nutze. Die Nachfrage nach Gütern des täglichen Gebrauchs ist weitgehend gesättigt. Deshalb werden Waren mit „unterscheidbaren symbolischen Deutungsmustern“ angereichert. Und es werden neue „Erlebniswelten“ geschaffen, insbesondere für die Freizeit. (K. Kraemer).

Der Mensch wird erst in der kapitalistischen Gesellschaft zu einem „belieferungsbedürftigen Mängelwesen“ degradiert (M. Gronemeyer).

Am besten sind deshalb bei einer Ökowende anfangs Maßnahmen, die keine einschneidenden Verhaltensänderungen erfordern und keinen erkennbaren Zusatzaufwand an Geld, Zeit und Wissen erfordern (K. Kraemer) und deshalb als „alltagstauglich“ eingestuft werden können (K.-M. Brunner).

Die gesellschaftlichen Gegebenheiten des Industriekapitalismus kann man weder durch einen gesinnungsethischen Rigorismus noch durch moralische Sanktionen schnell verändern (K. Kraemer).

Eine Verhaltensänderung ist aber im Interesse der Daseinsfürsorge unsere Nachkommen unbedingt notwendig. Das bewusste Handeln jedes Einzelnen ist also notwendig und willensstarke Menschen, Ökopioniere, müssen vorangehen und darauf drängen, dass die Massenproduktion zurückgedreht und der Kapitalismus gezähmt und abgeschafft wird. Allerdings kennen erst 13 % der Verbraucher in der BRD den Begriff „nachhaltige Entwicklung“. Ein Mittel, um gegen globale Konzerne vorgehen zu können ist die Organisation von „Käufermacht“. Das können nur international Organisationen wie Greenpeace oder attac. Wenn man dabei Erfolg haben will, muss das individuelle Opfer möglichst gering sein, wie z. B. beim Boykott Shell-Benzin. Bei solchen Aktionen ist es wichtig, dass für die Beteiligten ein materieller (höhere Qualität) oder immaterieller („Ich habe etwas Gutes getan.“) Nutzen entsteht. Allerdings sind Boykottaufrufe nicht ungefährlich, denn die Monopole haben gute Rechtsanwälte, die sofort mit Schadenersatzklagen kommen. Deshalb sind positive Initiativen besser, wie z. B. Geldanlagen bei Ökobanken, Bezug von Ökostrom oder Biowarenkauf.

Wenn man organisieren kann, dass ein ökologischer Lebensstil nicht Verzicht bedeutet, sondern einen Zugewinn an Lebensqualität, dann wird es gelingen, dass viele Menschen sich zu einer ganzheitlichen Veränderung des eigenen Lebensstiles bereit finden. Aber man sollte die Erwartungen nicht zu hoch schrauben, obwohl die Inhalte eines Lebensstiles

nicht genetisch festgelegt sind. Gewohnte Lebensstile sind nicht leicht zu ändern, weil sie auch „konstitutiv und konservativ“ sind (L. A. Verbeck). Eine Veränderung kommt am ehesten durch die Schocktherapie der Lebensmittelskandale, die dem kapitalistischen System des Betrug und der Lebensmittelfälschung immanent sind.

Der Weg zu einem nachhaltigen Lebensstil und dann als Massenbewegung zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist „steil und steinig“, weil ein bislang äußerst erfolgreiches Gesellschaftssystem – die globalisierte Konsumgesellschaft – im Wettbewerb mit einem nachhaltigen Lebensstil siegen wird, wenn nicht der Staat antikapitalistisch agiert und gegensteuert, was er bis jetzt nicht tut und die politische Klasse nicht tun wird.

Die PDS muss in der Nachhaltigkeitsdebatte vor allem Probleme der sozialen Integration der Menschen und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit artikulieren, ein Politikfeld, auf dem sie ohnehin Stärken hat. Die Verbindung dieser Probleme mit den Zielen der Ökologie, der Effizienz bei der Güterherstellung, der Reduzierung des Aufwandes auf allen Gebieten, bereitet in Verbindung mit der Gerechtigkeit zwischen den Generationen und der zwischen Nord und Süd zur politischen Veränderung der Gesellschaft den Weg zu neuen gesellschaftlichen Strukturen.

„Nachhaltige Lebensstile werden sich auf Dauer nicht durchsetzen können, wenn nicht auch die Rahmenbedingungen der Wirtschaft und damit eben auch die Bewertungskriterien des Alltagslebens nachhaltig umgestaltet werden.“ (C. Müller) Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind unvereinbar mit Luxuskonsum der Besserverdienenden. Damit wird kein Sozialneid geschürt, sondern die Beschränkung auf nicht umweltrelevante Ausgaben.

Der Zielzustand der nachhaltigen Wirtschaft, den wir erreichen müssen, ist weitgehend bekannt. Der konkrete Weg dahin ist aber unklar. Solange ein parteiübergreifender Konsens besteht, dass die Wirtschaft wachsen muss, wird es keine Diskussion über den Weg zur nachhaltigen Wirtschaft geben. Hier liegt die große Chance der PDS, als Politikkraft diese Wege auszuarbeiten und bekannt zu machen.

Die Wurzel des Übels ist die Trennung von Produktion und Konsum. Deshalb reicht es nicht, die Macht privatwirtschaftlicher Großunternehmen zu brechen, sondern es muss auch

die Aufhebung von Entfremdung und Herrschaft erfolgen.

Rudolf Bahro (1981)

Wer Nachhaltigkeit will, muss den Konsum und die Bedürfnisse befragen und thematisiert da-

mit zugleich Vorstellungen vom guten Leben.
R. Hedtke (1999)

Ist die Änderung der Lebensweise im Kapitalismus möglich?

Mit dieser Frage hat sich R. Hedtke (1999) befasst.

Lebensstile und Konsum sind immer technisch und sozial in die Produktions- und Konsumweise des modernen Kapitalismus eingebettet und nicht das Ergebnis von Aktionen konträrer, entscheidender und gestaltender Konsumenten (R. Bocoock 1995). Es entsteht ein „dominantes soziales Paradigma“ (Muster) (R. E. Dunlap & K. D. van Liere. 1978). Dieses ist durch die Leitgüter Eigenheim, Auto, Urlaub außer Landes und die entsprechenden Infrastrukturen gekennzeichnet. Es existiert ein auf materielle Güter orientiertes Konsumstreben, weil die Konsumenten durch Werbetechniken massiv dort hineingedrängt werden. Es wird ein ständiges Konsumwachstum und eine Nachfrigesteigerung bewusst forciert (A. Stihler. 1998). Dieser Wachstumszwang ist der wirtschaftliche Rahmen für Forderungen nach nachhaltigem Konsum, der eben wegen der herrschenden Kapitalverwertungslogik nicht vorankommt.

Als Ausweg wurde das Abbremsen des Wachstums bis hin zur stationären Wirtschaft (R. Loske 1998) oder ein nur qualitatives Wachstum (M. Opielka 1998) vorgeschlagen. Aber bei dem vorherrschenden Grundsatz der weitgehenden Autonomie privater Produktions-, Investitions- und Konsumententscheidungen sind beide Auswege nur fromme Wünsche

Die heutigen Konsummuster und Lebensweisen sind strukturell festgelegt und soziokulturell determiniert (E. Heiskanen & M. Pantzar 1997). Die Abhängigkeiten und Grenzen für eine Änderung des Lebensstils sind durch Wirtschaftsentscheidungen stark festgelegt und engen den Handlungsspielraum des einzelnen Menschen stark ein.

Ist z. B. das soziokulturell-technische System des motorisierten Individualverkehrs einmal eingeführt, dann entwickelt es eine Eigendy-

namik: die autogerechte Stadt, die entmischte Stadt mit Trabantenstädten und Schlafdörfern, die schlechte Anbindung an den ÖNPV, die Reparatur-, Verkaufs-, Zubehör- und Reinigungsfirmen, der Parkplatz- und Parkhausbau, Lärmschutz, Verkehrslenkung, Rettungsdienste usw. Vor diesem Hintergrund wirkt die Autonomie und Souveränität des Konsumenten und damit die individuelle Verantwortung für nachhaltigen Konsum wie eine Fiktion. Deshalb ist es besser, den Umstieg auf ein 3-l-Auto zu fordern.

Auf der Tagesordnung steht deshalb die Frage der Wiederanbindung der Ökonomik an gesellschaftliche Fragen und Probleme einer nachhaltigen Lebensweise. Die Bundesregierung trifft, um beim Beispiel des Autoverkehrs zu bleiben, wenig durchgreifende politische Maßnahmen zur Verkehrreduzierung und -verlagerung. Die Regierung ist fest in der Hand der Autokonzerne. Sie ist selbst das Problem.

Da Umweltqualität ein Kollektivgut ist und der Einzelne nicht darüber entscheiden kann, muss staatliche Umweltpolitik die Umweltbelastungen reduzieren. Dieser Aufgabe kommt der Staat nicht oder nur ungenügend nach. **Erforderlich sind politische Mehrheiten, die nur durch ein hohes Umweltbewusstsein der Wähler zustande kommen können. Darum ist das individuelle Umweltbewusstsein letztlich doch die entscheidende Größe für die Rettung der Gesellschaft.** Natürlich entscheidet nach wie vor der einzelne Bürger, ob er mehr Umweltqualität oder mehr Konsum an Wirtschaftsgütern haben will. Leider sind die Bürger, die sich für das Letztere entschieden haben, in der Mehrzahl und graben fleißig am eigenen Grab mit. Entlastend muss aber bemerkt werden, dass für den einfachen Bürger schwerwiegende Umweltprobleme kaum wahrnehmbar sind.

Was kann der einzelne Bürger tun?

Da in Deutschland Produktion für den privaten Verbrauch mehr als die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsproduktes ausmacht, ist die poten-

tielle Macht der Bürger für ein bewusst umweltverträgliches Leben sehr groß (O. Renn). Zwischen positiver Einstellung zur Umwelt und

aktivem Verhalten gegenüber der Umwelt stehen aber meist Welten. Auf zweierlei Art kann jeder nachhaltiger leben: durch Effizienz und durch Suffizienz im Naturverbrauch. Hier die Definition dieser Begriffe, die G. Scherhorn

gegeben hat: Unter **Effizienz** versteht man die Verringerung des Ressourcen- und Umweltverbrauchs pro Gut, unter **Suffizienz** die Verringerung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Gütern.

Opfer und Verzicht für die Erhaltung der Biosphäre und die Rettung der Menschheit ja, aber erst muss der Kapitalismus weg. Unter

kapitalistischen Bedingungen sind Verzichtleistungen ohne jeden Sinn.

Wolfgang Harich (1975)

Wie kann man Menschen bewegen, etwas für die Umwelt zu tun?

„Die Katastrophe ist eine Kategorie geworden, die nicht mehr zur Vision, sondern zur Wahrnehmung gehört.“ (Sloterdijk) Wenn man aber zu der Überzeugung kommt, dass die Klimakatastrophe ohnehin unvermeidlich ist und die fossilen Energieträger und die wichtigen Metalle in 30 bis 50 Jahren verbraucht sind, dann wird man sich nicht mehr einmischen und sich nicht mehr mühen, umweltgerecht zu leben. Es lohnt eh nicht mehr. Nun ist es aber eine Tatsache, dass gerade die Bevölkerung der Industrienationen den Ökokollaps, die Ressourcenerschöpfung und den Klimawandel verursachen und dass der Rest der Welt noch weitgehend in natürlichen Kreisläufen lebt und das Problem der umweltgerechten Lebensweise in Verbindung mit einem verschwenderischen Konsum gar nicht kennt.

Die europäische Zivilisation, inklusive die nordamerikanischen, beruht auf der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Mitwelt und ist eine „Konsumkultur“. Die Konsumrevolution konnte sich seit dem 18. Jahrhundert durchsetzen, weil Industrie und Fernhandel einen Teil ihrer Kosten auf die Umwelt und auf die Länder des Südens, die ehemaligen Kolonien, abwälzen konnten. Erst das machte die Konsumgüter für breitere Schichten erschwinglich.

Aber anders als wir und unsere Vorfahren kann die zukünftige Generation nicht mehr auf unerforschte und ungenutzte Potentiale der Welt zurückgreifen. Alles, was auf der Erde dank der Energie der Sonne wächst und gedeiht, ist nun mal absolut begrenzt. Die Menschheit nutzt heute schon 40 % dieses endlichen Potentials und sie ist dabei, die bisher ungenutzten Urwälder systematisch abzuholzen (O. Renn).

Die USA hat sich in Erkenntnis der Verknappung der endlichen Ressourcen für die kriegerische Eroberung und Ausbeutung dieser Ressourcen entschieden, um den verschwenderischen Lebensstil der Mehrheit ihrer Bevölkerung zu sichern. Die Europäer setzen mehr auf traditionelle ökonomische Maßnahmen, um die kapitalistische Produktionsmaschine möglichst lange so laufen zu lassen.

Aber das Problem kann nur gelöst werden, wenn wir unseren eigenen verschwenderischen Lebensstil ändern und unseren Umweltverbrauch senken. Zu dieser Erkenntnis werden sicherlich viele nachdenkende Menschen gelangen, vielleicht 20 % der Bevölkerung, aber aktiv verändern werden ihren Lebensstil höchstens 1 %. Diese Menschen werden als Vorbild gebraucht, um den politischen Organisationen als Leitbild für die Veränderung der Wirtschaft und der Regierung zu dienen. Nur wenn die Regierung front macht gegen die Monopole und die Profitwirtschaft, können wir uns retten.

Unser politischer Einfluss über den Weg unseres Konsumverhaltens ist heute größer als bei

gelegentlichen Wahlen.

Achim Ecker, ZEGG

Ratschläge zur nachhaltigen Lebensweise

Viele Autoren haben zu dieser Frage Vorschläge gemacht: O. Renn, C. Gunther, C. Fischer, S. Lern, H. Goslar, W. Hollstein. Im Telegrammstil werden hier die wichtigsten Vorschläge zusammengefasst. Werden diese Vorschläge angenommen und im täglichen Leben umgesetzt, entwickelt sich ein „unmana-

geable consumer“, ein widerspenstiger Verbraucher (Y. Gabriel, T. Lang).

- Jedes Gut, das wir nicht kaufen, entlastet die Umwelt.
- Nur qualitativ hochwertige und langlebige Güter kaufen.
- Gegen „Wegwerfkultur“ auftreten und Produkte länger nutzen, um den Stoffstrom zu verlangsamen.

- Bei Neuanschaffungen nur energiesparende Geräte und Fahrzeuge kaufen.
- Teilen und Tauschen: Pool-Lösungen nutzen bei Geräten und Maschinen, die man selten braucht und ausleihen kann (car-sharing).
- Nicht mehr benötigte Gebrauchsgegenstände weitergeben, verschenken oder an Secondhand-Läden geben.
- Beim Erwerb neuer Güter Umweltaspekte beachten, wie z. B.: Gibt es gleiche Produkte mit geringerem Materialaufwand, Energieverbrauch oder Verpackung? Kann das Gerät recycelt werden? Stammt das Gerät aus der Region? Es soll also nicht auf das Gerät verzichtet, sondern eine bewusste Auswahl getroffen werden.
- Wenn die Freizeit und das handwerkliche Geschick es ermöglichen, Dinge selbst herstellen, reparieren, teilen und tauschen.
- Den Standby-Betrieb abschaffen.
- Die Raumtemperatur von 25 auf 20 °C absenken und sich warm anziehen.
- Duschen statt baden (Männer).
- Im Sommer alle Wege unter 4 km mit dem Fahrrad fahren.
- Was einmal verpackt ist, braucht keine zweite oder dritte Verpackung.
- Benutzen des altbewährten Einkaufskorb statt Plastik- und Papiertüten.
- Textilien aus Kunstfasern stören unsere Hautatmung.
- Rauchen schadet unserer Gesundheit und der der Mitmenschen.
- Keine chemischen Sprays benutzen.

Tourismus heizt die Atmosphäre auf

Der Tourismus wird immer mehr zu einem ökologischen Problem. Es werden immer entferntere Ziele, immer öfter und für immer kürzere Aufenthaltsfristen angesteuert (J. Pearson). Der Weltluftverkehr hat sich in den 30 Jahren vor 1990 verzehnfacht. Auch in den nächsten 20 Jahren erwartet die Luftfahrtindustrie jährliche Wachstumsraten von 5 %.

Zwar wurde zwischen 1960 und 1990 der Treibstoffverbrauch durch effizientere Antriebe halbiert, aber der absolute Treibstoffverbrauch stieg um 50 % an (A. Köhn). In den üblichen Flughöhen von 9 bis 12 km sind die Abgasemissionen des Kerosins besonders schädlich. Die Verweildauer des Kohlendioxids steigt wegen der niedrigen Temperaturen in diesen Höhen beträchtlich an (P. Stephan). Die Klimabe-

lastung einer Urlaubsreise eines Ehepaares von Europa in die Karibik entspricht im Benzin-(Kerosin-)Verbrauch etwa 100000 km Autofahrt. 90 % der Luftfahrtemissionen entstehen in der nördlichen Hemisphäre, über $\frac{2}{3}$ davon zwischen 30 und 60 Grad nördlicher Breite (A. Köhn). Damit wird klar, dass Nordamerika und Europa auch hier die Hauptverursacher des Klimawandels sind. Die Regierungen der Industrieländer unterstützen den Flugverkehr durch Steuerbefreiung des Kerosins, anstatt zumindest für den Inlandverkehr sofort eine Besteuerung zu erlassen.

Der Einzelne kann in Erkenntnis dieser Zusammenhänge auf Flugreisen verzichten, lieber mit dem Schiff fahren, und besser noch, Urlaub im eigenen Land machen.

Papierverbrauch senken!

Papier wird aus Zellstofffasern hergestellt. Rohstoff dafür ist Holz. Ein Fünftel aller weltweit abgeholzten Bäume werden zu Papier verarbeitet (J. N. Abramovitz, A. Mattoon). Eine Tonne Zellstoff wird aus zwei Tonnen Holz hergestellt.

Der Papierverbrauch ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während durchschnittlich US-Bürger 270 kg pro Kopf und Jahr verbrauchen, benötigen Japaner 249 kg und Deutsche

192 kg. Die Chinesen verbrauchen nur 27 kg. In den letzten 50 Jahren hat sich in den Industrieländern der Papierverbrauch verfünffacht.

Das Recyceln von Papier ist ökologisch sinnvoll. Recyclingpapier benötigt zur Herstellung nur 13 bis 17 GJ/t Energie, nicht gebleichtes Papier 30 bis 36 GJ/t und gebleichtes Papier 50 GJ/t (Umweltbundesamt).

Jeder sollte an seinem Briefkasten einen Aufkleber anbringen: Kein Werbematerial.

Was ist Ökosozialismus?

Saral Sarkar

In einem Satz: **Ökosozialismus ist die Synthese von Sozialismus und Radikalökologie.** Er ist, erstens, eine langfristige Vision einer guten und nachhaltigen Gesellschaft, eine Alternative zur gegenwärtigen, von der wir meinen, dass sie weder gut noch nachhaltig ist. Zweitens enthält er auch Konzeptionen für eine Periode des Übergangs von der heutigen Gesellschaft zu der ökosozialistischen. Und drittens ist er ein praktischer Politikansatz für hier und heute, der, so die Hoffnung, die Menschheit in der Richtung des Ökosozialismus weiterbringen würde.

Da niemand will, dass eine Gesellschaft zusammenbricht, sei es durch Umweltzerstörung oder Ressourcenknappheit oder durch Kriege, Bürgerkriege, lokale Konflikte, Chaos und Kriminalität, bei denen es ja auch primär um die Verfügungsgewalt über Ressourcen geht, ist es notwendig, dass (1.) die Wirtschaften der Welt **aufhören, ständig zu wachsen**, das heißt immer mehr Ressourcen zu verbrauchen. (2.) Da aber die **nichterneuerbaren Ressourcen erschöpflich** sind, wird es **nicht** reichen, dass wir unsere Wirtschaften **auf dem heutigen Niveau stabilisieren**. Außer vielleicht in den äußerst unterentwickelten Regionen einiger Entwicklungsländer **müssen** sie allmählich, mehr oder weniger, **schrumpfen**. Und sie müssen so umgestaltet werden, dass sie langfristig hauptsächlich auf erneuerbaren Ressourcen basieren. Das bedeutet, wir müssen einen **Rückgang unseres Lebensstandards nicht aber der Lebensqualität, akzeptieren**. (3.) Um nachhaltig zu bleiben, müssen die Wirtschaften den Verbrauch der erneuerbaren Ressourcen unterhalb ihrer Erneuerungsrate stabilisieren. (4.) Unter diesen Bedingungen, und wenn wir auch den anderen Spezies ein Existenzrecht und daher ein Recht auf einen Teil der Biosphäre einräumen, wird es absolut notwendig sein, dass die **Anzahl von Menschen auf der Erde allmählich zurückgeht**. Wieviel Ressourcen pro Kopf in einer nachhaltigen Welt zur Verfügung stehen würden, wird von der Größe der Bevölkerung abhängen.

Der polit-ökonomische Rahmen, in dem das Funktionieren einer solchen Wirtschaft sowie der Übergang dazu möglich ist, muss, notwendigerweise, eine Art Sozialismus sein. Die **Produktionsmittel müssen größtenteils vergesellschaftet werden**. Die Konkurrenz unter Privatunternehmen muss durch **geplante Kooperation unter vergesellschafteten Betrieben** ersetzt werden. Nur durch **Gleichheit**

bei der Verteilung der Ressourcen und Güter und Dienstleistungen, die nicht mehr so üppig würden produziert werden können wie heute, und nur unter der Bedingung, dass **alle arbeitsfähigen Bürger arbeiten**, kann gewährleistet werden, dass die oben beschriebenen Notwendigkeiten von der breiten Mehrheit akzeptiert werden. Zu diesem Zweck muss auch eine Art **Mitbestimmungsrecht** garantiert werden, selbst wenn realiter nicht zu erwarten ist, dass alle Bürger dieses Recht auch wahrnehmen würden. Um Mitbestimmung praktisch möglich zu machen, müssen sowohl die Wirtschaft als auch die Politik möglichst **dezentralisiert** werden.

Da eine solche Transformation nicht über Nacht möglich ist, müssen für eine Übergangsperiode Schritte, die zu der langfristigen Vision führen, erdacht und planmäßig durchgeführt werden. Das wichtigste zu lösende Problem wird die Arbeitslosigkeit sein. **Bevorzugung von arbeitsintensiven Technologien und Methoden**, die ja auch ressourcen- und umweltschonend sind, **Arbeitszeitverkürzung** bei Lohn- und Gehaltseinbußen auf den höheren Stufen, größere nationale und **regionale Selbstversorgung** bei Sachen, die im Lande produziert werden können, Verteuerung von privatem Automobilverkehr und Verbilligung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Förderung von kooperativen Betrieben, wo Arbeiter selbst den Betrieb besitzen, sind einige Beispiele. Selbst diese kleinen ersten Schritte werden unmöglich sein, wenn der **Staat nicht die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt**; zum Beispiel, das Bankwesen größtenteils verstaatlicht.

Was aber muss heute getan werden, um beim herrschenden starken Gegenwind die langfristige Vision, zumindest die Ideen für die Übergangsperiode, voranzubringen? Bevor Ökosozialisten zu Wahlen antreten, muss erreicht werden, dass ihre Vision und Ideen im Sinne von Gramsci die **kulturelle Hegemonie** erlangen. Dazu ist zunächst einmal keine Partei-gründung notwendig, sondern Initiativen fürs Zustandebringen einer breiten Bewegung, der die Synthese von Radikalökologie und Sozialismus zugrunde liegt. Notwendig sind verschiedene Arten von Öffentlichkeitsarbeit – große und kleine Publikationen, Veranstaltungen, Lesekreise und Seminare, Teilnahme an von anderen organisierten Veranstaltungen, Demos und Kundgebungen usw. Was genauso wichtig ist, ist die eigene Lebenspraxis von Ökosozialisten. Es gilt zu demonstrieren, dass schon heute viele Leute das Ideal einer be-

scheidenen Lebensführung akzeptiert haben, dass sie den moralischen Fortschritt der Gesellschaft höher schätzen als Wachstum des

Bruttoinlandsprodukts. Zur gegenseitigen Ermutigung in düsteren Zeiten wie heute ist ein loses ökosozialistisches Netzwerk sinnvoll.

Das PDS-Programm und Wirtschaftswachstum

Es gibt zur Zeit in Deutschland keine Partei, die den Wählern die Wahrheit über das Ende des Wirtschaftswachstums sagt. Die Grünen nicht und auch die Linkspartei.PDS nicht, obwohl sie nicht regiert. Keiner traut sich, den Wählern eine Schrumpfung der Wirtschaft und eine Absenkung des Lebensstandards als langfristiges Ziel zu offerieren. Eine Partei, die das macht, würde bestimmt nicht in den Bundestag kommen.

Die Wahrheit über die Situation wird zwar in allen Parteiprogrammen angesprochen, man ist ja auf der Höhe der Zeit, aber alle Parteien wollen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme mit Wirtschaftswachstum lösen. Die Linkspartei.PDS auch.

Es soll sich dann um „ein qualitatives Wachstum“, um „eine Veränderung des Typs von wirtschaftlichem Wachstum“, um eine „neue Art wirtschaftlichem Wachstums“, oder „eine alternative Produktions- und Wirtschaftsweise“ handeln, wie das im Parteiprogramm von 2003 angestrebt wird.

Zwar wird dort „eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft“ und „Sozialismus als eine Bewegung ... gegen die Ausplünderung der Natur“ angepriesen und „gesellschaftliche Kontrolle“ und „sozial-staatliche Regulierung“ (Planwirtschaft?) sollen die „Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen abschwächen“, aber dennoch „ist wirtschaftliches Wachstum notwendig“. Es wird zwar erkannt, dass „profitorientierte Wachstumsinteressen die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage stellen“, und dass „die krassen Gegensätze des Kapitalismus ... zur globalen Existenzgefährdung der Weltgesellschaft geworden“ sind und dass der „ökologische Raubbau an der Natur gestoppt werden muss“ und dass „die Natur das am meisten gefährdete Gut der Menschheit ist“, aber dennoch wäre Wirtschaftswachstum „für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar“.

Mit dieser Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen Lage und den postulierten Vorschlä-

gen unterscheidet sich die PDS nicht von den Lehrmeinungen der Protagonisten des kapitalistischen Systems und ihren Wirtschaftslehren.

Zum „ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise“ hat die PDS keine konkreten Vorschläge, weil dieser „umfassender und komplizierter sein wird, als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit“. Als Lösungsweg wird nur „eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch“ und „umweltverträgliche alternative Lebensweisen“ (die nur 0,0001 % der Bevölkerung heute praktizieren) empfohlen. Also, nur schon lange bekannte und als unwirksam erkannte Maßnahmen.

Es reicht eben nicht aus, „Eigentumsformen ..., welche die Lebensgrundlagen untergraben und vernichten, ... zurückzudrängen und zu überwinden“. Sie müssen sofort beseitigt werden, wenn die Menschheit überleben will. Ein „Abschwächen der Kapitalverwertungsinteressen“ kann eben nicht realisiert werden, solange „Wirtschaftswachstum notwendig ist“.

Im Programm wird Verteilungsgerechtigkeit in den Vordergrund gestellt, die Agenda Sozial. Die Strategie als Grundlage der Agenda Sozial ist „eine Wirtschaftspolitik, welche die Massenkaukraft stärkt, nachhaltiges Wachstum fördert ... und eine beschäftigungswirksame und umweltfreundliche ... Regionalentwicklung gewährleistet“.

Von den Unternehmern wird nur „soziale Verantwortung“ gefordert, aber keine ökologische Verantwortung. Die Erkenntnis, dass die „neoliberale Wirtschaftsstrategie zur ökologischen Zerstörung“ führt, hat im Programm zu keinen konkreten Vorschlägen für Gegenmaßnahmen geführt.

Alles in allem eine enttäuschende Programmgestaltung, was die Zukunftsfragen der Menschheit anbelangt. Die PDS schwimmt im Mainstream mit und will etwas mehr soziale Gerechtigkeit. Das ist für eine linke Partei zu wenig.

Von der schnellen Abschaffung des Kapitalismus hängt das Überleben des Homo sapiens

auf der Erde ab.

W. Harich (1975)

Der Kapitalismus will nicht die Naturbasis der Gesellschaft retten, er will sich selber retten, und dazu braucht er Wachstum ... und wenn

die Menschheit dabei zu Grunde geht
W. Harich (1975)

„Neue Qualität des Wirtschaftswachstums“ verlangen Wirtschaftstheoretiker der Linkspartei.PDS

Die PDS-Ökonomen haben das Wachstums-Paradigma nahtlos aus der DDR übernommen und befinden sich damit unter den heutigen kapitalistischen Verhältnissen im Mainstream der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft.

Die von den Wirtschaftswissenschaftlern der PDS vertretenen Theorien zum Wirtschaftswachstum wurden von dem führenden linken Ökonomen Klaus Steinitz im Buch „Chancen für eine alternative Entwicklung“ 2005 zusammengefasst.

Nun ist in den vergangenen 20 Jahren auch bei vielen rechten Wirtschaftswissenschaftlern die Erkenntnis gereift, dass der globalisierende Kapitalismus die Existenz der Menschheit gefährdet. Welche Kenntnisse haben die PDS-Wirtschaftswissenschaftler zu den Ursachen dieser Existenzgefährdung? Erkennt wird, dass „der Widerspruch zwischen schrankenlosem Wachstum des materiellen Reichtums und Endlichkeit der Natur ... nicht dauerhaft weggeschoben werden ... kann“. Auch die Tendenzen der liberalen Globalisierung sind bekannt: Externalisierung der sozialen und ökologischen Unternehmenskosten und damit Verlagerung auf die Zukunft, die gesamte Gesellschaft, die Länder der „Dritten Welt“ und die natürliche Umwelt.

Zwar wird erwähnt, dass es auch andere Lösungsansätze zum Wachstumsparadigma gibt, nämlich „Umweltschutz durch Wachstumsverzicht“, aber darüber wird als Alternative nicht diskutiert.

Erwähnt wird, dass sich das Wirtschaftswachstum in den meisten Industrieländern spürbar verringert hat und in Deutschland quasi ein wachstumsloser Zustand zu beobachten ist. Daraus wird die Schlussfolgerung nach **„Überwindung der Wachstumsschwäche durch Stärkung des Binnenmarktes – Massenkaufkraft und öffentliche Investitionen“** abgeleitet. Das entspricht dem Regierungsprogramm aller Bundesregierungen.

Auch nach längeren Zeiträumen wird nur ein „neuer Typ des Wirtschaftswachstums“ vorgeschlagen, bei dem die Ressourcenproduktivität beträchtlich rascher erhöht wird als die Wirtschaft wächst. Eine Forderung der Grünen-Partei. Aber dieser neue Typ ist spätestens

seit dem Bericht des Clubs of Rome „Factor vier“ von 1995 bekannt, zur sofortigen Realisierung den Unternehmern empfohlen, aber er wurde nicht befolgt.

Das eigentliche Problem, „die objektiven Gesetzmäßigkeiten der auf eine maximale Kapitalverwertung gerichteten kapitalistischen Produktionsweise“ will Steinitz mit „einem ... Politikwechsel von einer weiteren Entfesselung des Kapitals zu einer Politik seiner sozialen Bändigung“ lösen. Es geht also einmal um die Abbremsung des neoliberalen Entwicklungsweges und zum anderen um den Entwicklungsweg einer emanzipativen, ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten und auf Demokratisierung beruhenden linken Alternative als Vision. Es soll der „Übergang von einer ressourcenvernichtenden Wachstumsökonomie zu einer ressourcensparenden und umweltschonenden Effizienzökonomie“ gefunden werden, die sich auf eine Energie- und Verkehrswende stützt.

Steinitz ist der Meinung, dass man Wachstumsökonomie und Effizienzökonomie nicht gegenüber stellen sollte, sondern Wirtschaftswachstum muss nach seinen Wirkungen bewertet werden. „Eine Grundforderung sozialistischer Politik ist dabei, Wirtschaftswachstum mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Unter dieser Prämisse darf ... Wachstum nicht verhindert ... und behindert werden“, „soweit es ökologischen Erfordernissen gerecht wird. Linke Wirtschaft-, Sozial- und Umweltpolitik darf weder Wachstumsfeindlich sein, noch dem liberalen Wachstumsfetischismus ... folgen, dass ein hohes Wirtschaftswachstum als solches für die Lösung gesellschaftlicher Probleme ausreichend oder zumindest entscheidend sei.“ Die Lösung der Umweltprobleme würde aber „eine leistungsfähige, effiziente und sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft“ voraussetzen, wobei aber die „natürlichen Grundlagen der Produktion“ untergraben würden. Daraus wird aber nicht Wachstumsverzicht, Nullwachstum oder negatives Wachstum abgeleitet, sondern es wird nur ein falscher Weg angenommen. Es wird auf Innovationen, die Einführung neuer Technologien und neuer Produkte gesetzt, die zu

einer Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen und zur Verringerung der Umweltbelastung durch Emissionen führen sollen.

Wirtschaftswachstum über einige Jahre würde kaum spürbare Auswirkungen auf die natürliche Umwelt haben und könnte vernachlässigt werden. Forderungen nach Wachstumsverzicht wären also „für die nächsten Jahre ... unrealistisch und auch falsch“. Dem Wirtschaftswachstum käme „eine wichtige Rolle zu, um eine weitere Verschlechterung der sozialen, beschäftigungs- sowie haushaltspolitischen Situation des Bundes, der Länder und der Kommunen zu verhindern, und erst recht, um Schritte zu ihrer Verbesserung gehen zu können“. Nach wie vor wird der Wirtschaftspolitik die Verantwortung für die Rahmenbedingungen zur Ankurbelung eines Wirtschaftswachstums zugeschrieben. Erkannt wird aber auch, dass die Schwelle desjenigen Wirtschaftswachstums, das zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze führt, „dauerhaft nicht mehr überschritten wird“. Daraus wird geschlussfolgert, dass ein „neuer Wachstumstyp“, „eine neue Qualität des Wachstums“ durchgesetzt werden muss, die auf soziale Nachhaltigkeit, Steigerung der Effizienz und anderen Wirtschaftsstrukturen ausgerichtet ist. Aber das sind schon lange Forderungen der „Grünen“.

„Grünes“ Wachstum

5. Umweltkonferenz von „Bündnis 90/Die Grünen“ am 13.2.2005 in Berlin

Ein bunter Strauß von Themen wurde angeboten: Demografische Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und Zeitgeist, Regierung und NGOs, Atomkraft, Umwelt in den Städten und nicht zuletzt das Hauptthema: „Wirtschaften jenseits von Wachstumszwängen“.

Zum Hauptthema hielt Minister Trittin das Referat: „Umweltpolitik: Wachstumsmotor oder Wachstumsbremse?“ Natürlich wurde der Nachweis geführt, dass grüne Umweltpolitik ein Wachstumsmotor ist. Die Schaffung von Naturparks, so wie in Mecklenburg der Fall, habe den Tourismus angekurbelt. So habe umweltpolitisches Handeln zu Wachstum geführt. Der Umweltschutzreport der Deutschen Bank habe nachgewiesen, dass im Umweltbereich 1,5 Millionen Menschen arbeiteten. Aber die Industrie blockiere weiterhin die Umweltpolitik, obwohl die Nachfrage nach ressourceneffizienten Produkten steige. Die deutsche Industrie bringe keine Russpartikelfilter (Frankreich macht es vor), der Flottenverbrauch wird

Erkannt wird von Steinitz aber auch, dass diese alternativen Vorschläge „an die Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen“. Gemildert wird diese Erkenntnis dadurch, dass nach Steinitz diese Grenzen nicht genau bestimmt werden könnten und dass sie durchaus veränderbar seien. Das führt zu Alternativen, die über „den bisher bekannten Kapitalismus hinausgehen“. Es handelt sich aber nur um Alternativen, die auf die Zählung des Kapitalismus ... gerichtet sind“, obwohl erkannt wird, dass „die entfesselte Ausdehnung der Produktion ohne Rücksicht auf natürliche Schranken seit mehr als 200 Jahren zu den Existenz- und Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft“ gehört. Auch, obwohl „die negativen Folgen und Gefahren ... für die Umwelt und die Lebensbedingungen der Menschen zunehmen“.

Die Gefahr wird also erkannt, aber der Kapitalismus soll kuriert und nicht sofort abgeschafft werden. Der Kapitalismus ist aber nicht reparierbar und therapierbar und wird die Natur und die Lebensgrundlagen der Menschen immer mehr zerstören, weil die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, wie Marx erkannt hat, objektiv und unabhängig vom Willen der Menschen wirken. Wenn die Menschheit überleben will, dann nur über die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise.

nicht gesenkt (China macht es vor), die Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten wird nicht erhöht (Japan macht es vor). Da wäre auf vielen Gebieten viel aufzuholen. Trittin lobte das nun endlich in Kraft getretene Kyoto-Abkommen als „ersten Schritt“, um die Erwärmung der Erde aufzuhalten, und er kritisierte die deutschen Klimaforscher, die das Tempo der Erwärmung unterschätzt hätten. Auf dem Gebiet der Energiepolitik möchte Trittin den Flugverkehr bremsen, weiß aber nicht wie. Er wettete gegen die Atompolitik der CDU/CSU und des BDI und freute sich über „den Boom im fossilen Kraftwerksbau als Ergebnis unserer Klimapolitik“ (???). Trittin äußerte sich zum Tagungsthema nicht grundsätzlich: Ist nun „Umweltpolitik Wachstumsfaktor oder Wachstumsbremse“?

Mit dieser Frage befasste sich am Nachmittag das Forum II, in dem sich mehr als die Hälfte der 500 Tagungsteilnehmer einfand. Thema war: „Grenzen überwinden: Wirtschaften jenseits von Wachstumszwängen“. Als Redner waren eingeladen: Prof. Dürr (Global Challenges Network e. V.) als Visionär, Prof. Klepper

(IfW, Kiel) als Wissenschaftler und Dr. Flassbeck (UNCTAD) als Macher. Das war eine gute Mischung und führte zwangsläufig zum Streitgespräch.

Prof. Dürr versuchte klarzustellen, dass wir noch in der Denkart des 18. Jahrhunderts befangen sind und noch nicht erkannt haben, dass wir Teil der Natur sind und nicht ihre Beherrscher. Das Wachstum in der Wirtschaft sei nicht nachhaltig und die Wirtschaft würde „Lawinen auslösen“. Wirtschaft und Natur stünden im Widerspruch. Das Ökosystem wäre höchst instabil, wie ein Kartenhaus, und wir würden auf diesem Kartenhaus herumtanzen und es zum Einsturz bringen. Vor allem der Energieverbrauch würde das Ökosystem gefährden. „Ressourcenausbeuter“ wären wie Bankräuber einzustufen, sie nehmen vom Bestand. Wie man sich aus „dem Teufelskreis der Wirtschaft mit seinen Sachzwängen“ befreien kann und wie wir aussteigen könnten, sieht Dürr in der Schaffung von Menschengruppen, die „anders spielen“ und alternative Lebensformen schaffen. Materielle Einschränkung müsse man als Freiheitsgewinn sehen, die Deckung der Grundbedürfnisse reicht für ein glückliches Leben.

Dem Wissenschaftler Prof. Klepper war klar, dass wir „so nicht weiter machen können wie bisher“. Wir müssten „die Perspektive ändern“. Die ungleiche Verteilung des BSP und die Nichtnutzung der Ressource Arbeit (5 Mio. Arbeitslose) wären diese Probleme, die gelöst werden müssen. Dort, wo in der Welt Armut ist, muss Wachstum sie überwinden. Mit weniger Ressourcenaufwand könnte man mehr Wohlstand schaffen. Mit steigender Arbeitsproduktivität könne man jedem eine Beschäftigung und ein Einkommen im globalen Wettbewerb schaffen (???). Die Lösung sei: Nicht Wachstum für mehr Beschäftigung, sondern Produktivitätsfortschritt für mehr Beschäftigung. Außerdem könne man durch Technologietransfer die Ressourcen weltweit besser ausnutzen.

Dr. Flassbeck sieht die Aufgabe der Gesellschaft darin, ein Wirtschaftssystem zu finden, das wie ein Baum wächst und dem die heute dem Wirtschaftssystem innewohnende „innere Triebfeder zum Wachstum“ fehlt. Wenn wir nur einen begrenzten Garten haben, dann könnten wir eben nur kleine Bäume pflanzen und zu große Bäume als Bonsaibäume zurechtstutzen. Als „Gärtner“ kommt nur der Staat in Frage, der potent und kompetent die Produzenten der „falschen“ Bedürfnisse stoppt, die notwendigen Bedürfnisse anerzieht. Der Staat soll das Wirtschaftssystem dabei nicht kaputt machen, sondern steuern. Aber der Staat traut sich nicht, einen Strukturwandel herbeizuführen.

Die Meinungen der drei Referenten und der Diskussionsredner kann man wie folgt zusammenfassen:

- Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist für die Umwelt gefährlich und muss durch den Staat gesteuert werden.
- Dauerhaftes Nicht-Wachsen gefährdet die Stabilität der Gesellschaft und ihrer Sicherungssysteme.
- Die Individuen können aus demokratischer Sicht in ihrer Individualität nicht gezwungen werden, mit weniger auszukommen, was aber notwendig wäre. Wichtiger sei aber die „Konsumentenouveränität“. Im heutigen Mainstream wird Mehrkonsum als patriotische Tat zur Ankurbelung der Wirtschaft gepriesen und die Grünen wollen nicht die Verzichtsapostel sein.
- Das marktwirtschaftliche System ist auf Wachstum ausgelegt und man kann die ihm inhärente Dynamik nicht einfach abschalten.
- Eine Regulierung durch den Staat ist notwendig, aber wer entscheidet über „richtige“ und „falsche“ Bedürfnisse? Wer bestimmt die „Konsummuster“, die aus der Wachstumsfalle führen?
- Ein qualitatives Wachstum könnte uns vor dem Kollaps retten. Deshalb sei eine „optimale Ressourcenausnutzung“ besser als eine Gesellschaft ohne Wachstum.
- Weil die Welt sich das westliche Industriemodell zum Vorbild nimmt, dessen Transformation in Richtung Nachhaltigkeit unterbleibt, globalisieren sich ressourcenintensive Produktions- und Konsummuster mit rasanter Geschwindigkeit.

Das war eine Konferenz, die keine theoretische Klarheit gebracht hat und offensichtlich auch nicht bringen sollte. Nur Prof. Klepper deutete an, dass „in unserem ökonomischen System ein Konstruktionsfehler“ vorliege, nämlich der Zwang zum ungebremsten Wachstum. Nach wie vor wollen die Grünen Wirtschaftswachstum, möglichst in der Umweltschutzbranche, durch bessere Ressourcenausnutzung und Propagierung eines ressourcenarmen Lebensstils.

„Der Staat kann gegen die Lobbyisten nichts ausrichten, die Kapitalmacht ist ungeheuer konzentriert und zu groß.“ (Dürr) Auch die Grünen, die ja einmal angetreten waren, die Umwelt und die Gattung Mensch zu retten, haben sich längst der Kapitalmacht gebeugt und betreiben nur noch kosmetische Änderungen am System. Die Grünen „verfügen eben selbst über kein konsistentes wirtschaftspolitisches Programm“ (Flassbeck).

Aus dem Versagen der „Grünen“ ergibt sich für die PDS die Aufgabe, ökologische Zielstellungen

gen mit antikapitalistischem Inhalt in ihr Programm aufzunehmen, dieses brachliegende Politikfeld zu besetzen und in ihrer Tagespolitik

neben der sozialen Frage gleichwertig der ökologische Frage den ihr gebührenden Platz einzuräumen.

Literatur

Interessenten können über die Tarantel eine Liste der ausgewerteten und zitierten Literatur erhalten.

Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de

Die „tarantel“ ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.

Ältere Papierausgaben der „tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de,
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000,
wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Bayern

PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, info@pds-bayern.de, info@bulling-schroeter.de

Berlin

Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogas-de@aol.com

Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842, annemariekersten@web.de
Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de
Dr. Dagmar Enkelmann (MdL) BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de
Carolin Steinmetzer, (MdL, umweltpolitische Sprecherin PDS-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemopponentelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatch 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de
Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Eisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de
Dr. Johanna-Scheringer-Wright (MdL, agrarpolitische Sprecherin PDS-Fraktion), Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390-793, Fax 030-29390-600, s.schmidt@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)

Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform